

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,80. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltige Zeitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Dienstag, den 15. Februar 1898

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“)

Berlin, den 12. Februar 1898.

Aus dem Reichstage. Vor ziemlich leeren Bänken wurde heute der Etat der Colonialverwaltung und der Schutzgebiete beraten. Es ging dabei sehr ruhig zu. Von Aufregung war nichts zu spüren. Ein neuer Fall Weyland, Leist oder Peters ist glücklicherweise nicht zu verzeichnen. Die Debatten und die insolge der Reichstagsdebatten erfolgten Gerichtsurtheile haben heilsam gewirkt. Die Regierung ist vorsichtiger in der Auswahl ihrer Beamten geworden. So konnten heute Nebenunterbleiben, wie sie noch im vorigen Jahre notwendig waren. Was die Zustände in den Colonien anlangt, so haben sie sich im Uebrigen nicht geändert, die Colonien sind noch immer ertragreicher geworden, kosten auf der anderen Seite immer mehr und mehr Geld. Unter den oppositionellen Abgeordneten hat aber ein gewisser Stoicismus Platz gegriffen, sie wissen, daß sie gegen die mit dem Centrum verbündeten konservativen und nationalliberalen Colonialpolitiker nichts ausrichten können und wahren nur kurz in etwas elegischer Stimmung ihren ablehnenden Standpunkt. Die Hauptdebatte drehte sich heute um zwei Bahnbauten um die Usambara-bahn in Ostafrika und eine Bahn in Südwestafrika, die beide die Colonien entwicklungsfähiger zu machen sollen. Wer die Colonien überhaupt nicht für entwicklungsfähig hält, muß sich natürlich auch den Bahnbauten gegenüber ablehnend verhalten. Diesen Standpunkt vertraten Genosse Bebel und Abg. Richter. Für die Bewilligung legte sich der Landeshauptmann von Südwestafrika Major Leutwein, ein badenser Schwabe mit geringer Redegabe, aber guten Manieren lebhaft in's Zeug. Die Regierung bekam aus dem Hause von den Abgg. Hammacher und Graf Stolberg, sowie dem Abg. Dr. Vieber Succurs. Es wurde Alles bewilligt, was die Regierung gefordert hat. Montag kommt das Gesetz auf Abänderung der Concurdenkung und der Etat und Verbrauchsteuern zur Verhandlung.

39. Sitzung.

Am Bundesrathstisch: Freiherr v. Tschirnhausen, Fehr v. Nichtthofen, Major Leutwein.

Die zweite Beratung des Etats wird beim Etat des Auswärtigen Amtes fortgesetzt. Kapitel: Colonialverwaltung, in Verbindung mit dem Etat für die Schutzgebiete.

Dr. Hammacher (N.): Spricht für die Hüttensteuer, da sie die Eingeborenen zur Erghastigkeit und regulären Arbeit erzähle. Dies sei notwendig, da die Eingeborenen für die Plantagenarbeiten unentbehrlich seien. — Aus der diesjährigen besonders interessanten Colonialbeilage resultirt die Nothwendigkeit in Afrika ausreichende Verkehrsbedingungen zu schaffen. Redner spricht sich dann gegen das Deportationswesen aus, dasselbe sei aus moralischen und humanen Gründen zu verwerfen, wie das Beispiel Frankreichs beweise. Auch die Colonialofficiere, v. B. Major Leutwein hätten sich dagegen ausgesprochen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Gegen die Forderung von 72 000 Mark Zuschuß für den Bau der Usambara-bahn in Ostafrika wendet sich

Abg. Richter (Fp.): Zuerst müsse dort die Kohlenfrage gelöst sein. Bei den 72 000 Mark würde es doch nicht bleiben, die Millionen würden schon nachkommen. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft sei verpflichtet und auch in der Lage, diese Summe aufzubringen, wenn sie auch deshalb weniger hohe Dividenden zahlen müsse. Die Rentabilität der dortigen Kaffeeplantagen sei noch sehr zweifelhaft. Wenn man überflüssiges Geld für überseeische Bahnen habe, so sei es doch mehr gerechtfertigt, dasselbe in China als in Afrika zu verwenden.

Unterstaatssekretär Fehr v. Nichtthofen: Wenn der Reichstag das Geld nicht bewillige, müsse der Betrieb der Bahn eingestellt werden. Er hoffe, das werde nicht geschehen, und hoffe weiter, daß trotzdem auch für Bahnbauten in China noch Geld vorhanden sei.

Abg. Graf von Stolberg (konf.) empfiehlt die Bewilligung der 72 000 Mark, da die Forderung nur eine provisorische sei. Auch in Preußen sei der Staat für verkehrte Eisenbahnen eingetreten.

Abg. Bebel (SD): Was der Redner eben über den preussischen Charakter der Bewilligung gesagt hat, ist doch ganz unrichtig. Wenn wir heute die Bewilligung ausprechen, so wird man im nächsten Jahre erst recht sagen können, daß man den Weiterbau der Bahn nun nicht mehr in Frage stellen könne. In den Worten des Staatssekretärs war das auch ganz deutlich ausgesprochen. Wie überhaupt die Bahn weitergeführt werden soll, darüber fehlen uns noch alle genaueren Mittheilungen und ich möchte den Herrn Unterstaatssekretär darüber um Auskunft bitten. Wenn der Graf Stolberg auf die Staatshilfe hingewiesen hat, welche Preußen einzelnen verkehrten Bahngesellschaften in früherer Zeit geleistet hat, so ist das doch in diesem Falle hier gar nicht in Betracht zu ziehen. Bei diesen preussischen Bahnen konnte sich doch jeder sagen, daß sie sich, wenn die materielle Hilfe geleistet wird, rentiren würden. Ich lehne die Forderung ab, weil ich weiß, wie

schwer in Preußen für einen Kulturzweck 100 000 Mark zu haben sind, und weil ich mich nicht zum Mitschuldigen machen will, daß hier mit solcher Leichtigkeit verhältnismäßig große Summen verpulvert werden.

Dr. Hammacher (N.): Durch die Bewilligung des Zuschusses sichere sich der Staat Rechte für den Fall der späteren Uebernahme der Bahn. Er erkläre sich für die Bewilligung, jedoch nicht im Namen seiner Partei.

Richter (Fp.) wiederholt, daß das Reich keine Veranlassung habe, an Stelle der dazu verpflichteten Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft das Geld zu zahlen.

v. Bennigsen (N.): Eisenbahnen nach dem Innern Afrika's seien notwendig zur Beschaffung des Arbeiterpersonals für die Ansiedelungen im Innern, soweit die Wasserstraßen nicht ausreichten. Die Usambara-bahn sei ohne den Zuschuß des Reichs nicht rentabel. Bei evtl. Uebernahme könne das Reich ja dann die Summe in Anrechnung bringen.

Bebel (SD): Es werden hier 72 000 Mk. gefordert zur Erhaltung eines Betriebes, von dem wir nicht einmal wissen, ob er überhaupt vorhanden ist. Wenn die Anlage von Plantagen dort in größerem Maßstabe möglich ist, dann ist freilich eine Verbindung nach dem Meere notwendig. Dann sollte man aber in erster Linie an die Verkehrsmittel denken, die von Sachverständigen selbst empfohlen sind; man sollte längs des vorhandenen Bahnhaupters eine Landstraße auflegen und diese dann weiter ausbauen. Ich denke, es liegt im Interesse des Reichstages, lieber das Ganze bei Seite zu schieben, als hier große Summen in's Zwecklose auszugeben.

Graf v. Stolberg (N) erklärt sich auch für Bebel's Vorschlag, doch müsse erst das Geld für die Bahn bewilligt sein. In der Colonialpolitik könnten wir von den Engländern Hartnäckigkeit und Zähigkeit lernen. Die Sache sei einmal angefangen und müsse auch durchgeführt werden. (Bravol rechts.)

Dr. Vieber (F): Spricht seine Bewilligung des Provisoriums, um den Betrieb wenigstens noch auf 1 Jahr zu erhalten.

Dr. Baasche (N) meint, die Ausflüchte des Kaffeeplantagenbauers dort seien sehr günstig, wenn für gute Transportbedingungen gesorgt werde.

Der Titel wird darauf bewilligt, ebenso der Rest des Etats für Ostafrika und ferner debattelos der Etat für Kamerun und Togo.

Es folgt der Etat für Südwestafrika.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dewoit (Fp.) erwidert

Landeshauptmann Major Leutwein, daß das Wasser dort allerdings knapp sei, eine Wasserversorgung aber existire nicht. Mit dem Fortschreiten der Bejektivung werde auch der Wassermangel verschwinden, da die einzelnen Farmer genötigt sein würden, Wasserkanalungen zu schaffen. Der Wassermangel habe auch den Vortheil, daß es dort kein Fieber gäbe. Die Viehzucht sei außerdem dort in größtem Maßstabe möglich und könnte Tausenden von Deutschen Unterhalt gewähren.

Dr. Vieber (F): Die verbündeten Regierungen sind durch den Ausbruch der Minderpest gezwungen worden, eine Eisenbahn zu erbauen und haben außerordentlich viele Mittel bereits für sie verwendet, für die sie zum Schluß beim Reichstage nachsuchen. Im Ganzen wird der Bau 4-5 Millionen kosten, im Zusammenhang damit wird noch die Hafenanlage in Swakopmund ausgeführt werden müssen.

Richter (Fp.): Der ganze Bau erklärt sich durch die außerordentliche Nothwendigkeit, mit der man bei uns für koloniale Zwecke Geld ausgiebt. In eine Rentabilität ist dabei doch gar nicht zu denken; das ganze Land ist eben nichts werth. Die Minderpest ist auch ohne die Eisenbahn überwunden worden, es ist also wohl am Platze, es bei der ausgegebenen einen Million zu belassen und auf der hergestellten 80 Km.-Strecke erst weitere Erfahrungen zu sammeln.

Unterstaatssekretär Fehr v. Nichtthofen: Die Minderpest hatte einen so bedrohlichen Charakter angenommen, daß schnelles Handeln geboten war. Und wenn die königliche Lymphe der Seuche nicht Einhalt geboten hätte, wäre die Bahn auch vollständig bis zum Mai ausgebahnt worden.

Graf v. Stolberg (N) drückt seine Verriedigung darüber aus, daß die Regierung den Bahnbau übernommen hat. Das Land sei keineswegs werthlos. Die Zukunft werde entscheiden, wer da Recht hat.

Kommissar Major Leutwein: Die Lebensfähigkeit des Schutzgebietes halte ich nach meiner persönlichen Anschauung für erwiesen, sie hängt aber wesentlich von den Bahnen ab, die auch ohne Minderpest notwendig sind.

Auf eine Anfrage des Abg. Dewoit (Fp.) erwidert

Unterstaatssekretär Fehr v. Nichtthofen, daß ein vollständiges Projekt für die Bahnlinie noch nicht vorliege, aber von einem Kommando der Eisenbahnbauabtheilung ausgearbeitet werde.

Dr. Hammacher (N): Beunruhigt die Bahn einstuweilen animalisch betrieben werden wird, so muß sie doch gleich für einen eventuellen späteren Dampftrieb eingerichtet werden, da man einen starken Verkehr erwarten kann. Ich halte Südwestafrika für einen sehr werthvollen Besitz; vielleicht kann uns Major Leutwein über die Lebensfähigkeit dieses Gebietes etwas Näheres angeben.

Kommissar Major Leutwein: Die Kolonie dort ist ja nicht gerade die beste, aber immerhin annehmbar; sie wird sich auch bald selbst erhalten können. Gold haben wir noch nicht gefunden, aber es wird gesucht. (Heiterkeit.) Einem heranwachsenden Kinde muß Zeit zur Entwicklung gelassen werden. (Bravol rechts und im Centrum.)

Richter (Fp): Der Ausspruch des Grafen Caprivi: „Je weniger Afrika, desto besser für uns.“ hat sich bis jetzt noch immer bestätigt. Major Leutwein hat über die Kolonie mit lauter „nein“ gesprochen. Vorläufig haben etwa 300 Deutsche dort ihr Unterkommen gefunden, und nur dort der 800 Mann Schutztruppe. In der Nähe einer Kolonie blüht ja auch das wirtschaftliche Leben auf. (Heiterkeit links.) Die Frage ist nur, könnten die 5 Millionen in Deutschland selbst nicht viel größeren Segen stiften? (Sehr richtig, links.) Ich bitte also, die weiteren Ratien abzulehnen.

v. Kardorff (Reichspartei) tritt für die Bewilligung ein. Die Schuld daran, daß das deutsche Kapital sich dort nicht genügend betheiligte, trägt allein der Abg. Richter mit seinen abschreckenden Reden. 5 Millionen sind wirklich keine so enorme Summe, wenn es sich um das Schicksal einer ganzen Kolonie handelt.

Dr. Hammacher (N): Seit Major Leutwein für Ruhe und Frieden in Südwestafrika gesorgt hat, hat sich doch alles günstig entwickelt. Im Verwaltungsrath der South-Westafrika-Company sitzen jetzt einige Deutsche; diese werden wohl ihren Einfluß bei der Abführung des Vertrages in einem für das deutsche Reich günstigen Sinne wirken.

Die Forderung wird gegen die Sozialdemokraten und Freisinnigen bewilligt, ebenso der Rest des Colonialetats und die auf die Colonialverwaltung bezüglichen Positionen des Auswärtigen Amtes.

Pieroni verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag, 1 Uhr (Gesetz, betr. Abänderung der Concurdenkung; Etat der Post und Verbrauchsteuern).

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Den Horn der Junker hat der Reichstagsabgeordnete Köstke mit seiner letzten Reichstagsrede über sich heraufbeschworen. Für das Koalitionsrecht der Arbeiter einzutreten, ist für einen in der Wölle gefährdeten Junker ja schon Verbrechen genug, um das Strafgericht des Himmels auf den Missethäter herabzuwünschen. Aber daß er auch den Junkern ungeschminkt in's Gesicht sagte, ihre Sammelpolitik habe nur den Zweck, sich die Taschen zu füllen, dafür verdient er, in den tiefsten Pfuhl der Hölle verdammt zu werden. Grimmig schreibt die „Konf. Korresp.“:

„Herr Köstke steht als „Wildler“ außerhalb der parlamentarischen Parteien, er hat sich jüngst durch eine Aeußerung von empörender Perfidie die auch außerhalb der guten Sitte gestellt. Der „wildliberale“ Abgeordnete — durch seine „Konkurrenz“ gegenüber der Sozialdemokratie im Berliner „Bierkriege“ bekannt — hatte nämlich die Stirn, in der Mittwochsitzung des Reichstages zu äußern: „Die Sammlung, die jetzt von jener (der rechten) Seite geplant wird, läuft nur auf eine Bereicherung bevorzugter Kreise hinaus, die das Ohr der Regierung gefunden haben.“ — Wenn nur diese Herren à la Köstke nicht immer von sich auf Andere schließen wollten!“

Ja, es ist unangenehm, die Wahrheit zu hören. Aber die Lügen, welche die „Konf. Korr.“ aufsticht, schaffen jene nicht aus der Welt. Der „Vorwärts“ kann mit Recht konstatiren, daß im Berliner Bierkrieg von einer Konkurrenz Köstkes gegen die Sozialdemokratie keine Rede sein konnte: „Herr Köstke und seine Kameraden vom Bierrieg haben mit aller Energie und unermüdetlich den Kampf gegen uns geführt. Nur eines haben sie nicht gethan, sie haben nicht nach der Polizei gerufen. Freilich mit dem Gensdarmen, Staatsanwalt und Hölle kann jeder Schwachkopf den Kampf aufnehmen.“

Auch die „Kreuztg.“ ist höchlichst erbost und sticht ihren Lesern, die jedensfalls bisher annahmen, Kommerzrätthe seien eminent friedliche und staatskluge Bürger, den Staat mit folgender Beweisführung: „Köstke erging sich lediglich in Beschwerden über die Mangelhaftigkeit des geltenden Standes der Dinge; namentlich auch darüber, daß die ländlichen Arbeiter bis jetzt überhaupt noch kein Koalitionsrecht besäßen. Grade damit reichte er sich aber den Umsturzmännern würdig an; denn Niemand, der deren Taktik kennt, wird bezweifeln, daß sie mit ihrem Vortrage auf Erweiterung des Koalitionsrechts vor Allem die ländlichen Arbeiter im Auge haben. Wenn diese mitten in der dringendsten Westzeit dazu gebracht werden könnten, die Arbeit niederzulegen und Lohnerhöhungen zu verlangen, so würden den Agrariern daraus allerdings große Verlegenheiten erwachsen. Vom Standpunkt der Auer und Genossen wäre das allein schon des „Schweißes der Edelen werth“; ihre letzten Ziele gehen aber noch viel weiter. Mit Hilfe des Koalitionsrechts gedenken sie die ländlichen Arbeiter durch Herbeiführung unausgeglichter Lohnstreitigkeiten vollends zu revolutioniren und so für ihr „Agrarprogramm“ schließlich doch die bis jetzt vergeblich gesuchte Verwendung zu finden. Bei den gestrigen Verhandlungen ist dies zwar nicht unmittelbar angedeutet worden; daß man es aber in petto hat, liegt auf der



Hand. Um so weniger dürfte sich ein liberaler Kommerzrath darüber wundern, wenn seine Besürwortung des sozialdemokratischen Votums an leitender Stelle als positive Unterstützung revolutionärer Bestrebungen aufgefaßt würde, und nicht etwa bloß als Ausfluß gewisser Lehrmeinungen, welche der Liberalismus nun einmal herkömmlicher Weise vertritt.

Herr Müllers ist nun gerichtet! Warum meint er auch, daß die Leibeigenschaft der Landarbeiter nicht mehr in unsere Zeit hineinpaßt?

In der Kretafrage ist ein Zurückweichen Russlands zu verzeichnen. Der Petersburger „Regierungsbole“ bespricht die bisherige Entwicklung der Kretafrage und schließt mit nachfolgender Erklärung:

„Nachdem Rußland offen dem Sultan und dem Großmächten seine Ansicht betreffend die augenblickliche Lage der Kretafrage ausgesprochen hat, besteht es keineswegs weiter auf der von ihm vorgeschlagenen Lösung, falls irgend eine andere europäische Macht irgend einen andern Ausweg aus der Verwickelung anschnit, welcher den Anforderungen des Sultans, der Mächte und der Kreter gleich genügt, in der Folge die Grundlagen einer endgültigen Lösung der Kretafrage bietet. Einem solchen Vorschlag werde die russische Regierung nicht verfehlen, ihre Zustimmung zu geben. Aber eine derartig verwickelte Aufgabe sei schwer löslich, deshalb ergreife Rußland nicht selbst die Initiative zu neuen Vorschlägen. Zudem Rußland in den besten Beziehungen zu der Türkei, sowie zu den seinem Vorschlag nicht bestimmenden europäischen Großmächten verbleibe, habe es nicht geögert, den europäischen Mächten zu erklären, daß es jegliche Verantwortung für die aus einer weiteren Verschleppung der Kretafrage entstehenden Folgen ablehne, sowie, daß es eine gewaltsame Einsetzung einer Generalgouvernementmacht in seiner Bestalt, auch eine Vermehrung der türkischen Truppen auf der Insel nicht zulassen werde, in keinem Falle an irgend welchen Zwangsmaßnahmen gegen die Kreter theilnehmen werde, die schon lange genug geduldig auf die endgültige Lösung ihres Schicksals warten.“

Zugleich wird gemeldet, der russische Botschafter in Konstantinopel, Sinowjew sei beauftragt, den Sultan zu ersuchen, er möge selbst einen fremden Untertanen als Kandidaten vorschlagen.

Das ganze Verhalten Russlands in der Frage der kretischen Kandidatur erweist sich offensichtlich als eingegeben von der Absicht, sich als Schutzhort der orientalischen Christen aufzuspielen und sich die durch seine Stellungnahme vor Jahren verletzten Sympathien bei den Balkanvölkern wieder zurück zu gewinnen. Wenn Rußland nun auch, genöthigt durch den Widerspruch Oesterreich-Ungarns und die einer Ablehnung nahekommende Zurückhaltung Deutschlands, die Kandidatur des Prinzen Georg zu erzwingen sich außer Stande sieht, so wird dies ihm weiter nicht besonders unangenehm sein. Denn durch die Schlusssätze der obigen offiziellen Note zeigt die russische Regierung, wie sie die kretische Frage weiter im Flusse zu halten gedenkt, dabei immer sich aufspielend als Schirmher der Griechen und Christen.

Es ist ein raffiniertes Spiel, das Rußland spielt und die Neugestaltung und Ordnung der Dinge auf Kreta wird in's Ansehliche hinausgeschoben. Denn gegen die andere Kandidatur, die etwa dem Sultan und Oesterreich-Ungarn recht wäre, wird wieder Rußland Einwendungen zu machen suchen. Nach einer Mittheilung des „Pester Lloyd“ aus Rom sei das alte Projekt wieder aufgetaucht, einen provisorischen General-Gouverneur zu wählen, ohne die Türkei zu Rathe zu ziehen. Zunächst sollen Schritte gethan werden, um Roma Droh zur Annahme des Postens zu bewegen; im Falle seiner Ablehnung würde man sich an einen christlichen General oder Admiral wenden. Erst wenn die neue Verwaltung im Gange sein werde, werde man an die Ernennung eines definitiven Gouverneurs gehen und dann werde die Türkei sich hoffentlich so weit in das Unvermeidliche gefunden haben, dem Willen der Mächte sich nicht länger zu widersetzen.

Kurzum, die Lösung dieser Frage ist noch weit in der Ferne. Das famose „europäische Konzert“ ergeht sich in den grellsten Dissonanzen. Nicht nur, daß Deutschland, um mit dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen zu reden, seine Flöte weggelegt hat, die Pauke, die Trommel, die Trompete musizieren jedes Instrument für sich. Und im Orient geht's nach wie vor drunter und drüber, zur Freude Russlands!

Kiaotschau als Wahlbegeisterungsmittel. Wir haben schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß der Zug nach Kiaotschau so prompt mit der Einbringung der Flottenvorlage zusammengefallen ist, daß die Annahme naheliege, er sei unternommen, um für die Flottenvorlage Propaganda zu machen. Die sehr „gutgesinnte“ „Gegenwart“ geht noch weiter; sie will die Kiaotschau-Begeisterung für die kommenden Wahlen ausgenutzt wissen. Sie klagt nämlich darüber, daß Kiaotschau zwar Herrn von Mikael eben recht gekommen sei: im Kiaotschautempel, habe er kalkulirt, im „Dunste des süßen Schnapies, der aus vaterländischer Begeisterung so leicht zu brennen“ sei, werde die Regierung siegen. Nun sei aber die Entscheidung in China zu schnell gekommen, Kiaotschau sei verpufft. Bis zu den Wahlen werde die Begeisterung schon wieder erloschen sein. Und da giebt es nur ein Mittel, „Kiaotschau muß überkiaotschaut werden, das drei Mal glühende Licht muß herankommen.“ Es wäre aber doch, so meint treffend die „Köln. Volksz.“, „schließlich kein kleines Kunststück, die auswärtigen Ereignisse so zu inszeniren, daß sie dieselben Dienste leisten, wie die „Wauern“ auf dem Schachbrette, und das „Ueberkiaotschauen“ ist schließlich auch nur ein Experiment, das glücken und nicht glücken kann. So sicher ist kein Staatsmann seiner Sache, um nicht auch einmal einen Fehler zu machen und wenn man beim „Ueberkiaotschauen“ Unglück haben sollte, würde das Ende nicht heiter sein.“

Zu einer fernigen Abrechnung mit dem Zentrum gestaltete sich die Etatsrede, die Genosse v. Bollmar vor einigen Tagen im bayerischen Landtage hielt. Mit festzunehmender Hand riß er der „Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums den Schleier vom Heuchelgesicht herunter. Wir dürfen diese Rede unsern Lesern nicht vorenthalten. Bollmar sprach:

Man kann eben, sehr verehrliche Kollegen vom Zentrum, es nicht ohne recht machen: den Arbeitern und der Regierung, dem Kapital und der Arbeit. Man kann eben nicht von jedem Schritt einen Spahn denken, um sich ein Stoppchen daraus zu kochen. (Heiterkeit und Hurra! Dalkers: Das muß Sie ja freuen.) Freilich, wir freuen uns ja die ganze Zeit. (Heiterkeit.)

Sehen Sie doch die Schweiz an. Dort finden sie im Arbeiterhand, dem Sekretariat zu alle Richtungen vom Ultramontanen bis zum Anarchisten vertreten und schließlich zusammen arbeiten. Aber freilich, die Herren, die in der Schweiz an der Spitze der katholischen Bewegung stehen, sehen etwas anders aus, als bei uns. Aus dem Arbeiterschlagkongress, der im Monat August 1897 in Zürich stattfand, stießen und die sehr erlesenen katholischen Sozialpolitiker der Schweiz sofort in die Augen. Professor Beck von der katholischen Universität in Freiburg hat da gleich in seinem ersten Referat einen ganz anderen Ton angeschlagen, als wir von unseren Ultramontanen gewöhnt sind. Der Führer der Schweizer Ultramontanen, Nationalrath Dr. Decurtius, hielt eine Rede, daß wir uns nicht irren: eine solche Rede niemals im bayerischen oder deutschen Zentrum gehört zu haben. (Heiterkeit links.)

Wenn die Arbeiter Verbesserungen auf geistlichem Wege erstreben, wenden Sie sich (zum Zentrum gewandt) instinktiv dagegen! (Große Unruhe im Zentrum.) Wenn wir die Löhne der Eisenbahner erhöhen wollen, so stimmen Sie dagegen, (Wärm im Zentrum) weil dadurch die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter erhöht werden. Bei der Erhöhung der Löhne der Forst- und Eisenbahner Arbeiter haben Sie es gerade so gemacht. Wenn die Eisenbahner Arbeiter Wohnungen haben wollen, reden die Herren aus der Zentrums-Fraktion dagegen, weil die Hausbesitzer geschädigt werden.

Wenn man dann noch die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums nicht glauben will, so berufen Sie sich auf den verstorbenen Bischof Ketteler, obgleich dieser die Verdienste der modernen Arbeiter-Organisationen rühmend hervorgehoben und den katholischen Arbeitern den Beitritt empfohlen hat. Wenn das noch nicht ausreicht, dann kommt der Kardinal Manning an die Reihe, der beim englischen Dakertribunal im Schiedsgericht saß. Etwas Ähnliches kann man einem deutschen Bischof gewiß nicht nachsagen. (Heiterkeit.) Von diesem modernen Geiste lebt freilich nicht eine Spur in dem deutschen Zentrumsvorstand, dessen rücksichtslos die Kompanie das bayerische Zentrum ist. Das Ihnen zu sagen und dem Volke begreiflich zu machen, daß von dieser Seite nichts für die Arbeiter zu erwarten ist, habe ich für meine Pflicht gehalten.“

Im preussischen Abgeordnetenhaus stand Sonnabend Helgoland, die grüne Insel, im Mittelpunkt der Debatte. Es ist bekannt, daß die Helgoländer Fischerbevölkerung sich in ziemlich traurigen Verhältnissen befindet. Der Fischfang geht beständig zurück. Die großen Fischdampfer mit ihren gewaltigen Netzen räubern die Fischgründe des Meeres aus, und die Helgoländer Fischer mit ihrem zurückgebliebenen Kleinbetrieb können nicht mithalten. Immer mehr wird die Bevölkerung der Insel darauf hingewiesen sich von den Kurgästen zu ernähren, die Helgoland aufsuchen. Die Kurgäste aber kommen des Seebades wegen, und die Existenz des Seebades selber ist an die Existenz der kleinen Düne gebunden, die sich in einiger Entfernung von der eigentlichen Insel befindet. Von dieser Düne aber haben die letzten Sturmfluthen einen großen Theil weggenommen, und die dringende Gefahr liegt vor, daß das Meer sein Werk der Zerstörung in kürzester Zeit vollendet, wenn nicht die Hand des Menschen Schutzbauten aufrichtet. Die Gemeinde aber ist zu arm um die Kosten für diese Schutzbauten aufzubringen. Preußen zu dem Helgoland gehört, hat sich nun entschließen müssen, eine Summe von 560 000 Mk. für dieses Jahr in dem Etat einzusetzen, die die notwendigen Bauten auf der Düne ermöglichen soll. Gegen die Bewilligung dieser Summe erklärten sich heute die preussischen Agrarier. Sie verlangten, daß die Gemeinde die Kosten aufbringe oder aber, daß das Reich und nicht Preußen den Zuschuß leiste. Herr Mikael mußte selber erst ein Donnerwort sprechen, um die Bewilligung dieser Summe durchzusetzen, für welche die übrigen Parteien mit Ausnahme der Conservativen eintraten.

#### Rußland.

Aufhebung der Zensur? Eine bedeutungsvolle Mittheilung kommt aus Rußland. Der Minister des Innern hat am 22. Januar genehmigt, daß die in Kiew erscheinende Zeitung „Kiewljanin“ ohne Präventiv-Zensur erscheine. Die „Birsh. Wjed.“ und der „Kaspi“ hatten bereits vor Wochen die Nachricht gebracht, es stehe die allmähliche Aufhebung der Provinzial-Präventivzensur bevor. Die „Now. Wr.“ legt dem ministeriellen Beschluß eine hohe Bedeutung bei, indem sie schreibt: „Rein formell wird die Erlaubniß, daß ein Provinzialblatt ohne Zensur erscheine, nicht zum ersten Mal erteilt. Im „Kiewljan.“ wird aber zum ersten Mal eine politische Provinzialzeitung des europäischen Rußland von der Zensur befreit, und diese Thatsache ist von so augenscheinlicher Wichtigkeit, daß sie der Erläuterungen beinahe nicht bedarf. Die Emanzipation ist wahrscheinlich durch den neuen Generalgouverneur von Kiew, General Dragomirow, veranlaßt worden; daß sie einen bedeutenden Fortschritt in der Geschichte der russischen Journalistik bezeichnet, kann wohl nicht fraglich sein. Man kann nur wünschen, daß sie in möglichst großem Maßstabe angewandt werde.“

Freilich muß abgewartet werden, ob es sich nicht, wie wir glauben, um eine ganz vereinzelt, aus besonderen Gründen erlassene Maßregel handelt. Uebrigens besitzt die russische Regierung durch ihre Präventivzensur zahllose Mittel zur Knebelung der Presse.

#### Türkei.

Massenclend auf der Balkanhalbinsel. Aus Sofia wird der „Intern. Korresp.“ geschrieben: Das bedrohliche Element in der augenblicklichen Lage auf der Bal-

kanshalbinsel ist die vollständige Verarmung der Landbevölkerung, welche in Mazedonien und den Grenzgebieten Serbiens und Bulgariens Platz gegriffen hat. Die vorjährige Missernte, die gewaltigen Steuereintreibungen auf türkischer Seite anläßlichen Krieges und die immer höher gesteigerten Bedürfnisse der Regierungen Serbiens und Bulgariens haben die Noth im Innern der Halbinsel diesseits und jenseits der türkischen Grenze gleich stark anschwellen lassen. Die sogenannte macedonische Bewegung ist im Grunde genommen ein Hin- und Herbewegen der völlig mittellosen und von allem entblößten Landbewohner, die sich in den Gebirgsgegenden auf das Räuberhandwerk legen, oder in den Städten Nahrung und Obdach zu erwerben suchen. Diese Bevölkerungs-theile bilden begreiflicherweise jeder Agitation ein fruchtbares Feld dar, wobei ihnen die Austreibung der türkischen Großgrundbesitzer und die Vertheilung der Ländereien als höchstes Ziel vorsteht. Für die Oppositionspartei in Serbien und Bulgarien ist es daher ein Leichtes, sich der angeblichen macedonischen Flüchtlinge als Sturmbock gegen die Regierungen zu bedienen, und die Letztere wieder erblicken in der „macedonischen Bewegung“ ein bequemes Mittel, um die Schuld an den eigenen traurigen Verhältnissen der Lage in Mazedonien beizumessen.

#### Asien.

Die Kulis-Gefahr. Gegenüber der gewöhnlichen Annahme, daß die bedürftigsten Tagelöhner der gelben Rasse dem europäischen Arbeiter eine vererbliche und unüberwindliche Konkurrenz zu machen drohen, ist schon mehrfach vor Uebertreibungen gewarnt worden. Es ist gewiß sehr schwierig, die Entwicklung dieser Frage vor auszusehen. Jedenfalls aber erscheinen die Mittheilungen einer hiesigen Korrespondenz, die dem japanischen Blatte „Mainichi“ entnommen sind und die Konkurrenz der Kulis anders auffassen, als gewöhnlich geschieht, recht bemerkenswerth.

Das Blatt „Mainichi“ brachte jüngst einen Artikel, welcher das Steigen der Arbeitslöhne in Japan 1896 behandelt. Laut sorgfältiger Erhebungen stiegen die Löhne in Japan seit 1895 durchschnittlich um volle 30 Proz. In einzelnen Gewerben war die Zunahme viel bedeutender, so besonders bei den Schneidern, in den Baugewerben u. s. w., und sie beschränkte sich nicht auf gelernte Arbeitskräfte, sondern traf auch die Kulis, die Tagelöhner, welche eine Lohnzunahme von 25 Prozent in zwei Jahren zu verzeichnen haben. Dieses Steigen der Löhne erhält aber noch besonders Gewicht dadurch, daß es offenbar nur ein Theil einer stetigen Bewegung ist und nicht ein bloßes Aufklackern. Das ergibt sich aus der Thatsache, daß die Preise von 1895 schon sozusagen „gestiegene“ Preise waren, indem sie um 39,2 Prozent höher standen, als die vom Jahre 1886. Die Löhne mußten so steigen und werden noch mehr steigen müssen, weil die Preise aller Verbrauchsgegenstände und besonders der Lebensmittel zwischen 1886 und 1897 in noch höherem Maße stiegen. Die Preise für Kohlen stiegen in den letzten zehn Jahren um 195 Proz., Kupfer um 204 Proz., Rattun um 205 Proz., Bauholz um 262 Proz., Katsubushi (geflochten und getrockneter Fisch) um 264 Proz., Salz um 217 Proz., Eier um 222 Proz., Matten um 199 Proz., Miso (Nahrungsmittel aus Bohnen hergestellt) um 181 Proz., Del um 201 Proz. u. s. w. Insbesondere der Reis, das Hauptnahrungsmittel der großen Masse des Volkes, ist ungeheuer im Werthe gestiegen. Im Jahre 1887 kostete ein „Koku“ (5,13 Scheffel) Reis im Durchschnitt 4,71 Yen; im Jahre 1889 war er auf 5,50 Yen gestiegen, 1890 auf 8,15 Yen, 1895 auf 8,21 Yen, und jetzt (das heißt im Winter 1897) kostet der Koku Reis in Tokio nicht weniger als 20 Yen! Dazu wird mitgetheilt, daß in den westlichen Provinzen, in denen die Industrien hauptsächlich ihren Sitz haben, trotz dieser hohen Preise keine Noth unter den Arbeitern herrscht, weil sich eben ein starkes Verlangen nach Arbeitskräften geltend macht und die Leute sammt und sonders volle Arbeit finden; dagegen sollen in den aderbau-treibenden nördlichen und östlichen Theilen des Reiches in Folge des hohen Reispreises schon bedenkliche Kravalle stattgefunden haben, und die Noth soll dort unter dem armen Volke sehr groß sein. Der rasche Eintritt Japans in die Reihe der Kultur- und Industriestaaten hat allerdings eine schwere Zeit mit sich gebracht für die Massen, aber nicht für die weißen — für die abendländischen Arbeiter — sondern für die gelben Massen, von denen jener angeblich vernichtende Wettbewerb drohte.

#### Afrika.

Die Präsidentenwahl in der Transvaal-Republik hat die Wiederwahl Krügers auf fünf Jahre als Resultat gehabt. Seine Majorität war sehr groß. Er erhielt 12 764 Stimmen, von seinem Gegenkandidaten Burger 3716 Stimmen und Zoubert 1943 Stimmen.

#### Lübeck und Nachbargebiete.

14. Februar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Depert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübecks die Sperre verhängt.

Das Streikkomitee.

S. A.:

R. Schenk, Lederstraße.

Ueber die Reichsvereinsversammlung, in welcher die Kandidatenfrage besprochen wurde, bringt das Amtsblatt einen ausführlichen Bericht, dessen Wiedergabe wir Raum-mangels halber auf heute verschieben mußten. Es heißt darin:



Herr Dr. Vermehren gab zunächst kurzen Ueberblick über die bisherigen Bemühungen eines gemeinsamen Kandidaten für alle bürgerlichen Parteien in Lübeck zu finden. Man sehe jetzt bald unter dem Zeichen der Reichstagswahl, führte Redner aus, und zwar herrschte nur scheinbare Ruhe, tatsächlich sei seit vielen Wochen eifrig gearbeitet. Es müsse eine Persönlichkeit gefunden werden, welche die weitesten Kreise für sich gewinne. Bei den Verhandlungen mit der freisinnigen Partei sei dem Reichsverein nicht das erwartete Entgegenkommen gezeigt. Die Herren waren der Ansicht, daß der Kandidat ganz auf dem linken Flügel der liberalen Partei stehen müsse, weil dann die Aussicht auf Erfolg besser sei. Die eingeleiteten Verhandlungen seien nicht abgebrochen. Man habe einen Herrn in Aussicht genommen, der sich bereits parlamentarisch bewährt, leider habe derselbe Schritte abgelehnt. Andererseits sei ein linksliberaler Kandidat in Aussicht gebracht, jedoch habe der Reichsverein sich genöthigt gesehen, denselben abzulehnen; weil er in den Kreisen des Reichsvereins nicht den erforderlichen Anklang finden würde. Der Vorstand hoffe jedoch bestimmt, einen Kandidaten zu finden. Es sei in erster Linie an einen Vertreter aus dem Handelsstande gedacht. Die Uebernahme eines Mandats erfordere aber große Opfer an Zeit und Geld. Aus dem Grunde hat es Herr Dr. Götz entschieden abgelehnt wieder zu kandidiren. Es könne heute der Name eines Kandidaten nicht genannt werden. Jedoch sei begründete Aussicht vorhanden, man hoffe in einer demnächst einberufenen Versammlung eine Persönlichkeit in Aussicht bringen zu können, die alleseitigen Anklang findet in den Kreisen des Vereins, ob auch von Rechts und Links, bleibe abzuwarten. Wenn aber ein Kompromiß nicht möglich sei, so werde der Reichsverein mit aller Kraft allein vorgehen und hoffe dann bei einer Stichwahl die energische Unterstützung von Links und Rechts zu finden. Dadurch werde dann auch die Schärfe des Wahlkampfes möglichst vermieden. Bei der Stichwahl könnten dann die bürgerlichen Parteien gemeinsam zusammenzuschlagen. In kurzer Zeit werde der Vorstand mit einem Reklamat an die Öffentlichkeit treten. Der Reichsverein schünmire seine Kräfte, sondern werde thätig wirken. Herr Dr. Vermehren betonte dann, daß der Zweck der Versammlung gewesen sei, aus den Reihen der zahlreich erschienenen Mitglieder die Stimmung zu erforschen und etwaige besondere Wünsche entgegenzunehmen. Bei der dann folgenden Debatte nahm zunächst Herr Hauptlehrer Trummer das Wort. Er war der Ansicht, daß viele auf einem gemeinsamen Standpunkt ständen. Um über die Frage zu diskutieren, müsse man zunächst den Namen des Kandidaten haben. Herr Hauptlehrer Hempel erklärte, er sei durch die Mittheilungen des Herrn Vorsitzenden verstimmt worden und zwar darüber, daß man in einer so frühen Zeit nicht kleinliche Bedenken beilegen könne. Wenn die Parteien einzeln vorgehen, käme man gar nicht erst zur Stichwahl, sondern solle glänzend durch. Herr Hermann Lange versicherte, daß wohl alle gern einen Mann finden möchten, dem Jeder seine Stimme gern gebe. Alle Parteipolitiker müsse anhängen. Man dürfe nicht das Gewehr in den Graben werfen. Jedenfalls aber müsse der Kandidat voll und ganz für die Fortführung der Handelsverträge eintreten, das sei für Lübeck ein Kernpunkt. Herr Geheimrath Brecht führte aus, daß Herr Hempel wohl allen Vorstandsmitgliedern aus der Seele gesprochen habe. Es dürfe seine Rücksicht auf fraktionelle Stellung genommen werden. Es handele sich darum, eine Persönlichkeit zu finden, auf die sich alle bürgerlichen Parteien einigten. Es dürfe aber auch keine negative Persönlichkeit sein, sondern eine solche, die Begeisterung zu erwecken im Stande sei. Der Vorstand des Reichsvereins lebe in der Hoffnung, eine Einigung zu erzielen. Ob es gelinge, lasse sich heute noch nicht sagen. Redner persönlich würde nicht einmal mit seinen Forderungen soweit gehen wie Herr Lange, nämlich einen Kandidaten auf eine bestimmte Frage zu verpflichten. Das sei bei den gegenwärtigen Konstellationen nicht ratsam. Er sehe aber jedenfalls der Wahl hoffnungsvoll entgegen. Herr Redakteur Mantau nahm Veranlassung vor zu großem Optimismus erregend zu warnen. Die Stimmung sei trübe und ernst. Nur noch 6 Monate trennten uns höchstens von der Wahl und es sei kein Kandidat da, und keine Organisation, während der Gegner sich völlig gerüstet habe. Die Situation sei für die bürgerlichen Parteien jedenfalls bedauernd ernster, als vor fünf Jahren. Seit 1893 sei die Industrie gewachsen und ein Zugang an Arbeiter erfolgt, welche zum größten Theil als Verstärkung der Sozialdemokratie anzusehen wären. Außerdem habe die gegnerische Partei inzwischen ein eigenes Organ erhalten, welcher Umstand bei dem Wahlkampf auch nicht zu unterschätzen sei. Nicht mit Unrecht sei der Sieg bei der letzten Wahl als ein Pyrrhussieg bezeichnet. Man müßte geschlossener vorgehen, sonst sei nach seiner Ansicht ein Erfolg ausgeschlossen. Herr Buchwald hält die Aufstellung mehrerer Kandidaten nicht für ungünstig. Es werde dann eine hohe Stimmenzahl abgegeben und um so sicherer eine Stichwahl erzielt. Herr Dr. Vermehren erwiderte, daß die Situation zwar ernst sei und daß auch dieses Mal, wie immer, der Wahlkampf mit den schärfsten Waffen geführt werden würde. Es sei aber kein Grund zu irgend welcher Befürchtung vorhanden, die Organisation sei da, wenn sie wirklich etwas eingegriffen sein sollte, so würde die Maschine mit etwas „Del der Begeisterung“ leicht wieder in Schwung gebracht. Man brauche durchaus nicht kleinmüthig zu sein. Herr Hauptlehrer Hempel beklagte nochmals, daß kein Kandidat gefunden sei und wünschte, der Reichsverein möge fleißiger tagen und sich mehr rühren. Herr Zeune erwiderte darauf, daß der Vorstand lebhaft wünsche, die oft sehr interessanten Versammlungen werden besser besucht, als das leider der Fall sei. Es müsse fleißig für den Verein gearbeitet werden. Der Beitrag betrage nur 50 Pf. Zur Annahme neuer Mitglieder würden sich außer den Vorstandsmitgliedern ev. die Zeitungsredaktionen bereit erklären. Herr Hermann Lange erklärte, daß er nur wünsche, der Kandidat möge sich im Geiste der jetzigen Handelspolitik bewegen. Redner habe sechs Wochen hier geleitet, er könne versichern, daß ein kurzer schneller Wahlkampf der beste sei. Herr Hauptlehrer Bbiker wünschte gleichfalls, daß sobald ein Kandidat gefunden würde, getilgt das aber nicht, so müßten die weiteren Verhandlungen abgebrochen werden und der Reichsverein müsse selbstständig vorgehen. Herr Buchwald empfahl rechtzeitig eine geordnete, planmäßige Propaganda zu machen. Herr Dr. Vermehren schloß darauf die Versammlung mit der Erklärung, daß der Reichsverein in einer demnächst abzuhaltenden großen Versammlung einen Kandidaten für den Reichstag in Aussicht bringen werde.

Unsere Leser wissen nun, wie das bürgerliche Lafen geschouen ist. Die Situation hat sicherlich Tobias Stillvergüht am besten gekennzeichnet. Herr Herm. Lange können wir die Versicherung geben, daß es jetzt mit dem „kurzen aber schnellen“ Wahlkampf Eilig sein wird. Es wird diesmal nichts nützen, wenn man noch am letzten Tage vor der Wahl über den politischen Gegner die handgreiflichsten Lügen verbreitet, um unsichere Kandidaten zu fangen. Es ist dafür gesorgt worden, daß an den Schwindel Niemand mehr glaubt. Uns soll es freuen, führt man — wie versichert wird — den Kampf mit den schärfsten Waffen; greift man aber zu unehrlichen, so werden wir den Herren auf die „Finger

klopfen“, daß sie für lange Zeit genug daran haben und sich nicht wieder nach ähnlichen Streichen gelüsten lassen werden.

Für den Kompromißkandidaten der bürgerlichen Parteien, den man noch immer eifrig sucht, will nach einer Erklärung des Vorsitzenden des Vereins der Landbewohner auch der Bund der Landwirthe unter Umständen eintreten.

Die Möbelfabrikanten haben, wie bereits kurz mitgeteilt, bei ihrem Kampfe gegen das Streikkomitee der Holzarbeiter und „Lübecker Volksbote“ eine neue Schlappe erlitten. Ihre bekannte Bivillage ist auch vom Oberlandesgericht in Hamburg kostenpflichtig abgewiesen worden. Am Mittwoch vor acht Tagen wurde die Sache verhandelt. Unser vortrefflicher Reichsbote, welcher — kaum glaublich, aber wahr — eine Resolution betr. Sicherung des Koalitionsrechtes unterzeichnet hat, machte große Anstrengungen, eine Verurtheilung der Beklagten zu erzielen. Er wies darauf hin, wie wichtig die Frage für den gesammten Stand der Arbeitgeber sei, die so wie so den Arbeitern gegenüber heutzutage einen schweren Stand hätten. In der Veröffentlichung der Notizen liege eine Verurtheilung der betreffenden Fabriken in optima forma. Die zur Veröffentlichung benutzte Zeitung werde nicht nur an Abonnenten geliefert, sondern auch gratis verschickt. Dadurch erhalte sie den Charakter eines Flugblattes, und Verurtheilungen durch Flugblätter seien schon mehrfach bestraft. Dadurch, daß in den betreffenden Notizen kein Grund angegeben sei, weshalb der Zugang ferngehalten werden sollte, würden die Fabrikanten als des Vertrauens nicht würdig hingestellt. In den Notizen liege auch ein unsittliches Moment, denn durch unerlaubte Mittel — Verurtheilung — sollte der berechtigte Widerstand der Arbeitgeber gegen die Forderungen der Arbeiter gebrochen werden. Seine rechtlichen Ausführungen suchte der Anwalt durch eine ganze Arme von Kommentatoren und eine Anzahl von höchstgerichtlichen Entscheidungen zu unterstützen. Der Anwalt der Beklagten beantragte Verwerfung der Verurtheilung. Das Oberlandesgericht setzte das Urtheil aus, und dasselbe wurde erst am Freitag Nachmittag vom Senatspräsidenten Dr. Schindler verkündet. Die Gründe für das Urtheil sind: Eine Verurtheilung könne in der Notiz nicht gefunden werden, denn es sei darin durchaus nicht gesagt, daß die betreffenden Fabrikanten vertrauenswürdig seien. Auch ein Verstoß gegen die gute Sitte liege nicht vor. Wenn den Klägern allerdings Schaden durch die Notiz erwachsen sei, so könne den Beklagten jedoch andererseits in keiner Weise Rechtswidrigkeit in ihrer Handlungsweise nachgewiesen werden. Was speziell den beklagten Redakteur und Verleger des „Volksboten“ betreffe, so sei eine Verwendung der Presse zur Wahrung der durch die Koalitionsfreiheit gewährleisteten Rechte unumgänglich. Die Kläger seien deshalb abzuweisen und in die gesammten Prozeßkosten zu verurtheilen gewesen. — Unsere Leser sehen aus Obigem, daß Herr Dr. Götz auch in der zweiten Instanz seine thatsächliche und rechtliche Unerschrockenheit wiederum bewiesen hat. Seine Ansicht, daß der „Volksbote“ den Charakter eines Flugblattes trage, dürfte allüberall homerisches Gelächter entfesseln. Wir haben bisher Herrn Dr. Götz für einen recht geschickten Kopf gehalten, sehen jedoch zu unserem Leidwesen ein, daß eine gewisse Advokateneloquenz noch lange nicht für das Vorhandensein von Logik und Kenntniß der Verhältnisse bürgt. — Ob der Arbeitgeber-Verband nun auch noch nach Leipzig pilgern wird? Wir wollen es hoffen!

Die erste Ziehung unserer herrlichen Staatslotterie soll nach einem von der „E.Z.“ verzeichneten Gerücht vorwärtlich im September d. J. stattfinden.

Ein Hausagrarien-Verein, vermuthlich nach dem Muster der Hamburger Retentionsreliquie, gedenkt man hierorts zu gründen, und hat man bereits am Freitag in der „Flora“ eine vorbereitende Versammlung stattgefunden. Bei dem notorischen Wohnungsmangel dürfte ein solcher Verein sich bald zu einer Geißel für alle Nichtthansbesitzer auswachsen. Lübeck erhält täglich mehr Auswüchse der kapitalistischen Mißwirthschaft.

Einem Miether-Verein als Gegengewicht für den Hauswirths-Verein stellt die „E.Z.“ in Aussicht.

Eine neue Kapelle hat das Marstallgefängniß erhalten. Dieselbe ist am Freitag eingeweiht worden. Wir sind der Ansicht, daß es im Marstallgefängniß noch ganz andere Mängel zu beseitigen gab, als den der fehlenden Kapelle. Wann wird Lübeck ein den modernen Hygieneanforderungen und dem Andrang von Strafgefangenen entsprechendes Gefängniß erhalten.

Aus dem Lehrerkollegium. Unter der Stichmarke „Mehr Wohlwollen den Lehrern der Volks- und Mittelschulen“ erschienen in den letzten Nummern der „Lüb. Blätter“ zwei Artikel. Da die Redaktion dieses Blattes die Aufnahme verweigerte, veröffentlichten im Anzeigenthail des Amtsblattes und der „Eisenb.-Ztg.“ sämtliche Hauptlehrer der genannten Schulen eine Erklärung, wonach sie jene Artikel weder verfaßt haben, noch in irgend einer Beziehung zu denselben stehen. — Wir kommen auf die Angelegenheit vielleicht noch zurück.

Arbeiterrisiko. Auf der Koch'schen Werft fiel dem in der Birkenstraße wohnenden Mieter W. Schmachtel eine Spante, welche beim Hochziehen aus der Stroppe schoß, auf Kopf und Bein und verletzte ihn schwer. Der Verunglückte mußte in's katholische Krankenhaus transportirt werden.

Der Raubmörder ist trotz eifriger Nachforschungen noch immer nicht erwischt worden.

Es waren dies der vielfach vorbestrafte „Bergmann“ Stephan und der „Arbeiter“ Olde, welcher ebenfalls bereits häufig Gefängniß- und Zuchthausstrafen genossen hat. Ihre jetzigen Strafthaten sind folgende: Einbruch bei Gastwirth Stapelfeldt in Cronsförde, bei Landmann Wluß ebenda, bei Gastwirth Spethmann in der Schwartauer Allee hier, bei Privatier Sielefeld, Arbeiter Gröning und Wittwe Melchert, ebenda, bei Wittwe Wigger in Seereß, bei Arbeiter Wulff ebenda, bei Privatier Kühn in Schwartau, Arbeiter Beggel, Rentnerin Ullrich, ebenda diverse in Develgöbne, vier in Neustadt i. H., bei dem Ortsvorsteher in Wessendorf, zwei in Großschlamin, drei in Gneversdorf, verschiedene in Neulirchen, Lütjenburg und Benz. Die Strafe beträgt dem Antrage des Staatsanwaltes entsprechend für Olde 12 Jahre, Stephan 8 Jahre Zuchthaus, je 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Vom Submissionswesen. Die Zimmerarbeiten am Kaiserbahnhof auf Marly will Herr Torluh für 37 277,75 Mk. fertigstellen. Das Höchstangebot (Schreiber) betrug 48 056 Mk. Also eine Differenz von 11 678,25 Mark, oder nahezu 1/3. Wie bringt man dies Exempel zum stimmen?

Vom Tage. In Haft geriethen wegen Bettelns resp. in Schutzhast wegen Obdachlosigkeit 15 Personen.

Eine öffentliche Versammlung der Fabrik- und ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Freitag Abend in den „Central-Hallen“. Es waren reichlich 500 Personen beiderlei Geschlechts anwesend. Frau Bieß-Hamburg sprach über „Zweck und Nutzen der Organisation“. Ihre packenden und zu Herzen gehenden Ausführungen fanden lebhaften Beifall. An der Diskussion betheiligten sich die Gewerkschaften und Kasch, welche in ergänzendem Sinne sprachen und zum Beitritt in den Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen aufforderten. Dieser Mahnung entsprachen während und nach der Versammlung eine Anzahl der Theilnehmer. Der Verlauf war ein recht zufriedenstellender.

Hansfelde. (Kreis Stormarn.) Eine öffentliche Volksversammlung, einberufen von der nationalsozialen Partei, tagte am Sonntag im Lokale des Herrn Kneesch. Obwohl es, wie man zu sagen pflegt, „Windfäden“ regnete, hatten sich doch etwa 50 Personen, durchweg Arbeiter, eingefunden. Herr Damaschke-Berlin sprach über die bevorstehenden Reichstagswahlen, indem er das bekannte „Macht-Freiheits-Arbeit“-Programm der Nationalsozialen entwickelte und die „alten“ Parteien kritisierte. Namentlich beschäftigte er sich sehr eingehend mit der Sozialdemokratie. Keine Hand rührte sich, als er seine auffallend eindrucksvolle, matte Rede schloß. Bewegung und Leben kam erst in die Reihen der Anwesenden als in der Diskussion Genosse Kasch-Lübeck das Wort ergriff, um an den Darlegungen des Vorredners Kritik zu üben und den nationalsozialen Forderungen zu zerzausen. Zustimmungende Heiterkeit und lauter Beifall bekundeten, daß Redner die Hörer auf seiner Seite hatte, und daß die am Schluß von ihm ausgesprochene Erwartung, daß Dorf werde seine sozialdemokratische Majorität behaupten und Herrn Damaschke abermals mit dem „Strich“ abziehen lassen, jedenfalls in Erfüllung gehen wird. Die kurze, inhaltlose Erwiderung des offenbar sehr enttäuschten Repräsentanten gipfelte zur Hauptsache in einer beweglichen Frage über die langen Reden der sozialdemokratischen Gegner. Der Genosse Ströbel-Kiel hat dem braven Damaschke augenscheinlich in Wankendorf auch schweren Kummer bereitet. Einen der üblichen himmelhoch jauchzenden Siegesberichte wird die „Hülse“ aus Hansfelde jedenfalls nicht erhalten. Kreis Stormarn ist einmal gut roth. — Die am Sonnabend in Wadenborn stattgehabte nationalsoziale Versammlung wahrzunehmen, stand leider nicht in unseren Kräften.

Schwartau. Die Beschlüsse des Gemeinderaths vom 8. d. M. 1. über den Verkauf der Parzelle 677/177 „Trennschlag“, groß 11,31 a, 2. betr. die Uebernahme des von der Peterstraße nach der Haltestelle Waldhalle anzulegenden Weges als Gemeindegeweg liegen vom 12. d. M. an auf 14 Tage im Gemeindehause öffentlich aus. Die Gemeindebürger werden zur Abgabe ihrer Ansichten über diese Beschlüsse aufgefördert.

Schwartau. Holzauktionen finden statt am Freitag, den 18. d. M., Vormittags 9 1/2 Uhr, in Harms' Gasthaus zu Ahrensbödd: Ruffkoppel von Nr. 68 an. Eichen: 40 Fm. geringe Nusskämme. Eichen: 2 Fm. Nusskämme. Buchen: 450 Fm. Nuss- und Brennholz und 80 Haufen Durchforstungsholz; Wahlborferholz von Nr. 374 an, Nachmittags 1 1/2 Uhr: Eichen: 7 ger. Stämme zus. 2,20 Fm. Buchen: 68 Nusskämme bis 79 Cmt. stark, zus. 1,06 Fm., 730 Fm. Nuss- und Brennholz und 150 Haufen Zweigholz. Ferner: Sonnabend, den 19. d. M., Nachmittags 2 Uhr, im Bahnhofshotel zu Pansdorf: Ahorn: 30 Stangen zus. 1,65 Fm. Eichen: 3,18 Fm. Pantoffelholz. Gem. Laubholz: 80 Haufen Buch.

Büttz. Das Gemeinde-Umlagereregister der Gemeinde Siblin pro 1898 wird vom 13. d. M. an auf 14 Tage bei dem Gemeinderathsführer Berlin zu Bahnhof Glesendorf zur Einsicht und Einbringung von Reklamationen den Theilhabenden offen gelegt sein.

Entin. Zur Wahlbewegung. Die Landbündler sind von der Kandidatur Dr. Semler's sehr wenig befriedigt und dürften desertiren, um einen eigenen Kandidaten auf den Schild zu erheben. In einem Eingefandt in dem „Anzeiger“ erklärt ein Mitglied des Bundes der Landwirthe, man täusche sich, wenn man annehme, daß die Landbevölkerung des Fürstenthums den von den Nationalliberalen aufgestellten Kandidaten unter-



fügen werde. „Ein solcher Kandidat,“ meint er in agrarischer Liebenswürdigkeit, „ist wie ein schwankendes Rohr im Winde, und uns Landwirthen nicht lieber als ein Freisinniger.“ Mit gewaltiger Großprophetie behauptet er weiter, die Agrarier vertreten die Grundsätze von mehr als der Hälfte der Bevölkerung, sie repräsentieren in diesem Sinne die Politik der Nation, und schließlich seinen Sermon mit den Worten: „Mag doch die national-liberale Partei uns einen anderen Kandidaten aufstellen ohne Capriolische Vergangenheit, einen Mann von Bismarckischer Gesinnung in der Wirtschaftspolitik, dann würde der Umstand, daß solche Kandidaten nationalliberal wären, für die Mitglieder des Bundes der Landwirthe keine Veranlassung sein, sie zu bekämpfen. Die national-liberale Parteileitung muß sich entschließen, wenn sie auf die Stimmen der Landbevölkerung rechnet, und einen landwirtschaftlich zuverlässigen parlamentarischen Vertreter zu stellen. Thut sie das nicht, so trägt sie allein die Schuld an etwaigen Stimmenzersplitterungen.“ — Das heißt in kurzen Worten: Weg mit dem Hamburger Advokaten und her mit dem Weber aus Dunkelndorf! — Der Nationalliberalismus ist wahrlich schlimm daran, seit er Höriger der Pöbel und Konferten geworden ist. Auch im Fürstenthum wird er wohl durch das laubische Koch der Konfessionen an den Bund kriechen oder verschwinden müssen.

**Eintritt.** Das diesjährige Musterungsgeschäft findet, wie folgt, statt: 1. am Donnerstag den 24. Februar d. J., Morgens 8 1/2 Uhr im Rathhause in Eutin: Musterung, Befragung der Reclamationen, sowie Zurückstellungsverfahren der Mannschaften der Reserve, Landwehr und der Ersatzreserve für die Gemeinden: Stadt- und Landgemeinde Eutin. 2. am Freitag den 25. Februar d. J. Morgens 8 Uhr dafelbst: Musterung für die Gemeinden: Malente, Penkrichen, Wosau und Redingsdorf. 3. am Samstag den 26. Februar d. J. Morgens 9 Uhr im Lokale des Gastwirths Weidmann in Ahrensbödd: Musterung für die Gemeinden: Flessen und Landgemeinde Ahrensbödd, Salsel, Salsin und Gnissau. 4. am Montag den 28. Februar d. J. Morgens 9 Uhr im Lokale des Gastwirths Jürgen in Schwartau: Musterung für die Gemeinden:

Schwartau, Gleschendorf, Or. und West-Malente. 5. am Dienstag den 1. März d. J. Morgens 9 Uhr dafelbst: Musterung für die Gemeinden: Oberwohde, Curau, Siedelsdorf und Reusefeld. 6. am Mittwoch den 2. März d. J. dafelbst: Morgens 10 Uhr: Musterung. Wir machen hierbei auf die bekannten Vorschriften für Bestimmungspflichtige und die für gewisse Uebertretungen drohenden Strafen noch besonders aufmerksam.

**Malente.** Das Gemeindesteuer- und Umlageregister der Gemeinde Malente für das Jahr 1898 liegt vom 12. Februar d. J. an auf 14 Tage zur Einsicht der Betheiligten und Einbringung von Bemerkungen bei dem Gemeindevorstandesführer **M u s s** in Malente öffentlich aus.

**Wautendorf.** Eine öffentliche Volksversammlung, die von nationalsozialer Seite einberufen worden war, fand Donnerstag dafelbst statt. Es hatten sich ca. 100 Personen eingefunden, ein paar Lehrer, Postbeamte, zu 90 pCt. aber Arbeiter. Nach 8 Uhr wurde von dem nationalsozialen Herrn **Sch a a l** die Versammlung eröffnet und dem Meineren Herrn **D a m a s c h e** das Wort ertheilt. Derselbe verbreitete sich in „Unständiger Rede“ über die bekannten Forderungen der Nationalsozialen, um zum Schlusse noch einmal das nationalsoziale Programm dahin zu präzisieren, daß man für die Verstärkung der deutschen Kriegsmacht zu Land und zur See, für Kolonialpolitik, für Freiheit im Innern des Staatswesens und für weitgehenden Schutz der Arbeiter eintrete. Nach dem Vortrag des Herrn **D a m a s c h e**, der von einigen gemäßigten Zwischenbemerkungen eines socialen Hörers abgesehen, mit e i s i g e m S w e i g e n u s g e n o m m e n w o r d e n w a r, erhielt Redakteur **S t r ö b e l** das Wort in der Diskussion das Wort, um in allen Punkten dem Vortrager scharf entgegenzutreten, insbesondere den angeführten Nutzen und die behauptete Nothwendigkeit der Marinevorlage zu bekämpfen und die scharfen Gegensätze zwischen Nationalsozialen und Sozialdemokratie hervorzuheben. Nach dieser Rede, die auch ungefähr drei Viertel Stunden gedauert haben mochte, kam Herr **D a m a s c h e** wieder zum Wort, um sicheres den von **S t r ö b e l** gemachten Ausführungen entgegenzutreten. Aber als der nationalsoziale Redner schloß, übte sich auch nicht eine Hand zum Beifall, während die Ausführungen **S t r ö b e l**s die lebhafteste Zustimmung gefunden hatten. Genosse **S t r ö b e l** ließ übrigens mit einer zweiten Entgegnung nicht auf sich warten, sondern warnte sich logisch abermals, nur noch gründlicher und schärfer, als das erste Mal, gegen Herrn **D a m a s c h e**. Und als Genosse **S t r ö b e l** nach ca. 1 1/2 stündiger Rede unter kläglichem Beifall geschlossen hatte, geschah etwas für ihn wie die beiden National-

sozialen Ueberraschendes. Die Versammlungsführer erhoben sich plötzlich und verließen, ohne auf Herrn **D a m a s c h e** zu hören, bis auf den letzten Mann den Saal. War dies Benehmen nun auch keineswegs bösslich und hätte auch Genosse **S t r ö b e l**, hätte sich der Vorgang nicht so überraschend schnell abgespielt, den Ausbruch der Versammlung zu verhindern gesucht, so war es andererseits doch ein Gradmesser für den Erfolg des Debats des Herrn **D a m a s c h e**, ein Beweis, wie diesen nationalsozialen „Hattenfängern“ alle Herzen zusliegen.“

**Lübecker Stadttheater.**

„Im weißen Rössl“, Schwank in 3 Akten von Blumenthal und Adelburg. „Der Geschäft ist richtig“, sagt Bieleke, und dies geflügelte Wort des bannigen Schlankefuß oder auch schlaue Dummkopfes, wie man es nehmen will, trifft auf die neueste Komposition der beiden Verfasser sehr zu, denn jedenfalls macht der Theaterdirektor ein gutes Geschäft dabei. Außer Bonnement, ohne Musik, Opernpreise und doch guter Besuch: der Geschäft ist richtig! Aber auch ein Publikum, dem es um das Vergnügen, nur um das Lachen zu thun ist, kommt auf seine Kosten; es finden sich nämlich komische Szenen und Wortwitz in großer Anzahl im „Weißen Rössl“, allerdings scheinen dieselben manchmal geradezu „an den Haaren herbeigezogen“ zu sein. Von einer Handlung ist in dem Stück eigentlich nicht zu reden, denn es besteht nur aus einer Reihe sehr andergerichtet Szenen; wenn der Vorhang fällt, merkt man, daß ein Akt zu Ende sein soll, die „Handlung“ bedingt nämlich keine drei Akte. Der Hauptvorzug des Stückes ist der, daß es hauptsächlich dem Sonntagspublikum der Gebrauch seines Denkfähigens erspart, es kommt vor Lachen über das tolle Zeug und das Naddrehen des österreichischen Dialektes überhaupt nicht zum Denken. Den Schluß dieses an Blüthenreife so reichen „Werkes“ (es kommt sogar u. A. wirklich „wässer Regen“ auf die Bühne) bildet wie bei jedem Schwank: eine dreifache Verlobung. Die Aufführung war gestern eine ganz ausgezeichnete. Herr Direktor **Erdmann** hat sich die Inszenierung etwas kosten lassen, die Dekoration war vollständig neu und sehr effektiv, und das ganze Arrangement legte Zeugniß ab von dem hervorragenden Regie-talent des Direktors. Unsere braven Mimen gaben ihr Bestes und ist es deshalb nicht zu verwundern, wenn das Publikum sichtlich entzückt war. Jedenfalls wird das „Rössl“ hier, wie überall, noch manche Aufführung erleben.

Verantwortl. Redakteur.

Lübeck, 12. Februar

Der Schweinehandel vertief gut.

Preisveränderung: 250 ... 50-54 ... 56 58 ...

Am Freitag den 11. d. Mts., Nachmitt. 1 Uhr starb plötzlich und unerwartet nach kurzer schwerer Krankheit meine innigstgeliebte Frau **Minna Caroline Leonhard geb. Assmussen** im blühenden Alter von 21 Jahren. Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen mit tiefbetäubtem Herzen an  
**Aug. Leonhard.**  
Lübeck, den 12. Februar 1898.  
Die Beerdigung findet am Dienstag den 15. Februar, Mittags 12 1/2 Uhr, von der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt. Beginn der Trauerfeier 12 Uhr.

Zu vermieten ein Logis für zwei Mann. Glockengießerstraße 16.

Gesucht ein Lehrling per sofort oder Ostern. G. Binende, Barbier und Friseur, Hofengarten 5.

Lehrling für meine Drechserei, Schiffbock und Pumpenmacherei. **Chr. Hunsen, W. Henning Nachf.** Untertrave 85

Gesucht 1 Lehrling in die Malerlehre. **Mundt & Krauthammel,** Hürlstraße 80 und Mittelstraße 4.

Gesucht ein Zimmererlehrling. **F. Benthien,** Zimmermeister, Marlystraße.

Ein Zimmermann, händig arbeiten kann, sucht Beschäftigung in oder außer dem Hause. West. Offerten unter **A Z** an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen zwei kleine Hunde und ein Hefebauer. Untertrave 77.

Zu verkaufen ein guterhaltener weißer Nachelofen mit eisernem Unterkasten. **C. Hohenfeld,** Töpfer, Kl. Altesäßre 6.

Zu verkaufen eine größere stunde. bestellte. Näh. in der Exped. d. Bl.

Zu verkaufen ein guterh. Fahrrad. Hofengarten 5.

Für die Werft! Guter Wittagstisch à 50 Pfg. Für zwei Leute noch Logis. 24 Ziraetsdorfer Allee 24

Als Hochzeitsgeschenke passend! Sehr große Auswahl in Regulaturen in hübschen und neuen Mustern. Standuhren und Wecker empfiehlt billigt **Aug. Büttner, Uhrmacher,** Hüxstrasse 32.

Schweinefleisch Pfd. 60 Pfg. Ducefleisch Pfd. 50 Pfg. Flocken Pfd. 60 Pfg. Kalbfleisch Pfd. 30 Pfg. empfiehlt: **W. Strohsfeldt** 73 Glockengießerstraße 73.

**Cirkus Variété Reuterkrug**  
heute Dienstag, den 15. Februar:  
**Der 3. u. letzte Narrenabend**  
Prinz Carnaval und Gefolge zum letzten Male im Cirkus.  
**Abschiedsrede des Prinzen Carnaval.**  
Neue humoristische Einlagen.  
**Letztes Auftreten des gesammten Künstlerpersonals.**  
(Letzte Vorstellung).  
**Prinz Carnivals Dank-Geschenk:**  
**Eine goldene Damen-Romontoir-Uhr**  
erhält derjenige Besucher der heutigen Vorstellung, welcher die Nummer am nächsten erräth, welche in dem verriegelten Kasten enthalten ist, der im Schaufenster des Herrn **Sager, Rohmarkt,** ansieht.  
(Die Nummer ist zwischen 1-2000).  
Sollten mehrere Personen gleich rathen so entscheidet das Loos.  
Man wolle beim Eintritt einen Zettel mit Angabe der Nummer und Namen am Haupt-Eingang abgeben.  
Der ganze Cirkus ist geöffnet.  
Sämmtliche Billets haben zu dieser Vorstellung Gültigkeit.  
Alle Freunde eines geübten Humors machen wir auf diese letzte Carnivals-Vorstellung aufmerksam.  
Sämmtliche ansiehende Billets haben nur bis heute Gültigkeit.  
Vom 16-28. Februar finden keine Vorstellungen statt.  
**Die Direction.**

Hiermit den geehrten Damen von Lübeck und Umgegend zur gefälligen Kenntnissnahme, daß ich mit dem heutigen Tage die Filiale meiner Akademie **Frau A. Lau,** nachdem dieselbe den **Cursus des Universal-Well-Roden-Schnitt (Eystem Polstuhnen)** durchgemacht und dieselbe die Prüfung mit dem ersten Charakter bestanden, über-tragen habe. Damen, welche daher geneigt sind, sich wirklich sachwissenschaftlich in kürzester Zeit auszubilden, da der Schnitt leicht faßlich und von tadelloser Eleganz ist, ist hiermit Gelegenheit gegeben, dieses am Plage zu haben und keine kostspieligen Reisen mehr nöthig sind nach auswärtigen Akademien, da hiermit ein wirklich sachwissenschaftliches Institut entstanden ist und ich für die Leitung meiner Vertreterin, **Frau A. Lau,** sowie für sicheren Erfolg garantire.  
Bremen, den 30. Januar 1898.  
**P. Holthausen, Dir.**

Bragnehmend auf obige Empfehlung, halte ich mich den geehrten Damen Lübeck und Umgegend zu näherer Auskunft gerne bereit. Gleichzeitig empfehle ich mich zur Anfertigung sämtl. Damen-Garderoben unter Garantie. Tadellos Eß (auch ohne Androhe) nach deutschem, Wiener und englischem Schnitt.  
**Auguste Lau,** Arminstraße 8a, 1. Et.

Hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage eine **Schlachterei und Barkmacherei Schlüsselbuden 13** eröffnet habe.  
Es wird mein Bestreben sein, meinen werthen Gönnern stets gute Waaren und reelle Bedienung zukommen zu lassen.  
Hochachtungsvoll **C. Lorenz.**

**Vorwerk.**  
Öffentliche **Volks-Versammlung** am Freitag den 18. Februar im Lokale des Herrn **Koch, „Einfegel“.** Tages-Ordnung:  
Die bevorstehende Reichstagswahl und die Sozialdemokratie. Ref.: **L. Schwarz** aus Lübeck. **Der Einberufer.**

**Sozialdemokr. Verein Vorwerk.**  
**Mitglieder-Versammlung** am Dienstag den 15. Februar Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn **Weiss,** Schwart. Chausf. 61.

**Holzarbeiter-Verband**  
**Mitglieder-Versammlung** am Dienstag den 15. Februar Abends 8 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Tages-Ordnung:  
1. Der Erlaß des Grafen **Vosadovsky.** Ref.: Genosse **Kasch**  
2. Die Zahlstellenkonferenz in Moskau, event. Wahl eines Delegierten.  
Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.  
**Die Lokalverwaltung.**

**Gesangverein „Eintracht“**  
**Socialer Abend** am Sonntag den 20. Februar im Concordiagarten. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Mitgliederkarten müssen vorgezeigt werden. Einführung gestattet. **Das Fest-Comite.**

**Stadt-Theater.** Dienstag: 92. Abonnem.-Vorst. 2. Abthl. Blau. 3. Vorstellung im Sonder-Abonnement. **Tannhäuser.** Mittwoch: Außer Abonnement. Opernpreise Neuheit. Durchschlagender Erfolg. **Im weissen Rössl** Lustspiel in 3 Akten von Blumenthal u. Adelburg. **Speise-Halle Hansa** Mengstraße 24. Heute Dienstag: Apfelsuppe, Weißkohl, Fenchel-sauce, gekochten Schinken, Kartoffeln. Mittagessen von 12-2 Uhr.

**Kräuter-Heisweden** mit den feinsten Gewürzen zubereitet, kein Margarinezusatz empfiehlt **Fritz Jacobs,** Glockengießerstraße 65.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hülf-arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands**  
**Versammlung** am Dienstag den 15. Februar Abends 8 1/2 Uhr bei **F. Lecke, Lederstrasse 3.** Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Bericht des Festkomitees.  
3. Innere Verbandsangelegenheit.  
4. Fragekasten.  
5. Verschiedenes.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Achtung Maurer!**  
**Mitglieder-Versammlung** am Mittwoch den 16. Februar. Tages-Ordnung:  
Innere Vereinsangelegenheiten. Cartellbericht. Fragekasten. Verschiedenes. **Der Vorstand.**



## Chronik auf das Jahr 1898.

**15. Februar.** Frankreich. Durch das Verbot der Bankett-Festlichkeiten war die Anwesenheit zu einer Wachtfrage zwischen Regierung und der Opposition geworden. Am 14. und 15. trat ein Komitee in der Wohnung Barrot's, eines der Führer der Opposition, zu Beratungen über das Bankett zusammen. Man beschloß, dasselbe am 22. Februar zu veranstalten und bei dem über Neben auf das ungeschmälerte Versammlungsrecht und die Wahlreform harte zu lassen. Später wurde ein Plag in der Nähe der Elyseischen Feste für 1000 Freie auf zehn Tage gemietet und mit dem Aufschlagen eines mächtigen Zeltes begonnen.

## Der Zola-Prozess.

Paris, 10. Februar.

In den Wandergängen des Justizpalastes ist eine große Menschenmenge anwesend. Zola wurde bei seinem Eintreffen mit einigen Rufen begrüßt. Der Gerichtssaal ist dicht gefüllt.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 10 Minuten eröffnet. Der Gerichtshof lehnt die Schlussfolgerungen der Verteidigung ab, in denen die Vorlegung der Schriftstücke bezüglich Oberst Picquart, des Prozesses Dreyfus sowie des Prozesses Esterhazy verlangt wird. Der Präsident verliest ein Schreiben des Generals Boisdeffre, worin er ersucht, daß Oberst Henry, dessen Gesundheitszustand ein beklagenswerther sei, heute vernommen werde. Die Verteidiger erklären, auf die Vernehmung der Frau Dreyfus, die lebend sei, verzichten zu wollen.

Trarieu erklärt bei seiner heute fortgesetzten Vernehmung, er habe keine Gelegenheit gehabt, während er Minister war, sich mit der Dreyfus-Affaire zu beschäftigen. Der Präsident erhebt ungeachtet des Protestes Laboris Einspruch dagegen, daß man von der Affaire Dreyfus spreche. Trarieu rechtfertigt das Vorgehen Scheurer-Kestners und Mathieu Dreyfus'.

Aus der Zeugenaussage Trarieu's ist Folgendes zu berichten: Trarieu sprach sein Bedauern darüber aus, daß Scheurer-Kestner anlässlich seiner Interpellation nicht alles gesagt habe. Es wäre gut gewesen, wenn das Land früher aufgeklärt worden wäre. Im Verlaufe der Nachforschungen Picquart's nach dem wahren Schuldigen publizierten der *Matin* und der *Eclair* Dokumente, die aus dem Kriegsministerium stammten und nur von jenen veröffentlicht sein konnten, die die Aktion Picquart's durchkreuzen wollten. Diese Personen schritten selbst vor Verbrechen nicht zurück. So wurde das vom *Eclair* veröffentlichte Dokument gefälscht, indem aus dem Anfangsbuchstaben D. der Name Dreyfus gemacht wurde.

Der frühere Minister Noël Guyot wurde beim Verlassen des Justizpalastes von Volkshäufen beschimpft. Die Polizei mußte Guyot beschützen.

Der Major Forzinetti, ehemaliger Direktor des Gefängnisses Cherche-midi, tritt an die Barre.

Labori fragt: Weiß der Zeuge nicht, daß der Hauptmann Dreyfus keine Geständnisse abgelegt hat?

Der Präsident erklärt lebhaft: Ich werde diese Frage nicht stellen. (Bewegung.)

Labori: Dann verzichte ich auf die Vernehmung der Zeugen, an die ich nur dieselbe Frage richten könnte, also zunächst des Majors Forzinetti, ferner des Kapitäns Bedrun Ducast und der Zeugen Meffert, Cliffoa, Jean Chyprien, Philipp Dubois, Urbain, Goyer und Loubrous.

Der Gerichtshof nimmt Mit davon, daß die Verteidigung auf die Vernehmung dieser Zeugen verzichtet.

Sodann wird der Berichterstatter Dr. Boquet aufgegriffen. Clemenceau fragt den Zeugen: Haben Sie bei Ihrem gestrigen Besuch bei Frau Paulsen diese gesagt, ob sie Briefe von Esterhazy habe? Frage: Nein. Frage: Hat sie Ihnen nicht gesagt, ich habe Briefe vom Grafen Esterhazy und diese Briefe sind viel erheblicher als die veröffentlichten? Antwort: Nein. Frage: Warde der Name Esterhazy genannt? Antwort: Sie hat mir gesagt, sie habe bei dem Staatsanwalt in betreff der in den Blättern veröffentlichten Briefe Klage erhoben und beantragt, daß die Untersuchung gegen diejenige Person eröffnet werde, die Mißbräuche damit getrieben habe: alle Briefe hätten von Esterhazy her.

Clemenceau unterbricht mit den Worten: Sämtliche Briefe, behalten Sie dies wohl, meine Herren Geschworenen!

Der nächste Zeuge ist der berüchtigte Oberst du Paty de Clam. Er spricht in kurzen, beklaunten Worten. Er sagt: Ich werde nur sagen, was das Unwahrscheinliche nicht betrifft; es berührt mich aber schmerzhaft, daß man hier das Privatleben der Leute in die Verhandlung hineinzieht. Jedoch, ungeachtet der Angriffe, deren Gegenstand ich war, habe ich die Achtung meiner Vorgesetzten, und das genügt mir. Was mich mit Enttäuschung erfüllt, ist, daß man hier von einer jungen Dame gesprochen hat, die nichts mit diesem Prozesse zu thun hat. Hier unterbricht ihn der Verteidiger Labori mit den Worten: Um Verzeihung! Diese junge Dame ist 55 Jahre alt und es ist uns nicht in den Sinn gekommen, sie zu fränken. Um mich mit dem Beschlusse des Gerichtshofes in Einklang zu setzen, verzichte ich darauf, an den Zeugen etwa ein Duzend Fragen zu richten, und beschränke mich auf die nachstehenden Fragen: Haben Sie Herrn Comminges Vater gekannt? Antwort: Ja. Frage: Haben Sie Privatbriefe, die an einige Mitglieder dieser Familie geschrieben sind? Antwort: Ich werde diese Frage nicht beantworten, denn das wäre eine Verletzung des Privatgeheimnisses.

Labori fällt ein: Wenn man sich nicht mehr hinter das Staatsgeheimnis oder das Amtsgeheimnis verbergen kann, beruft man sich auf das Privatgeheimnis. Unter diesen Umständen habe ich den Zeugen nichts mehr zu fragen. Labori verzichtet ebenso auf diese Fragen an den Kapitän de Comminges, der sich darauf sofort zurückzieht.

Sodann wurde Oberst Henry aufgerufen. (Uebhafte Bewegung.) Labori fragt ihn, was an den in dem ungarischen Bericht enthaltenen Thatsachen betreffend die Deffnung eines Schranzes mit geheimen Schriftstücken durch den Oberst Picquart Wahres sei.

Oberst Henry antwortet auf die Frage des Verteidigers Labori: Ich war nicht anwesend, als das Akten-

bündel von Picquart herausgenommen wurde; er verlangte es von dem Archivar Grivelin, der abfolgte. Präsident: War Grivelin Untergeordneter des Picquart? Antwort: Gewiß. Labori: Und waren Sie ebenfalls Untergeordneter Picquart's? Antwort: Ja. Ich war damals erst Major und Picquart war Oberstleutnant. Labori: Er war also Ihr Dienstvorgesetzter? Antwort: Ja, aber der Oberst Sandherr hatte mir, indem er mir das Aktenbündel anvertraute, das Versprechen abgenommen, es nur in seiner oder des Ministers Gegenwart zu öffnen. Frage: Wer war diejenige Person in diesem Dienste, die direkt unter den Befehlen des Generals Wonse stand? Antwort: Ich. Labori: Das genügt mir.

General Wonse wird wieder aufgerufen. Er macht dem Obersten Picquart den Vorwurf, die Briefe, die er ihm in Dienst geschrieben, mißbraucht zu haben. Dieser Dienstverweiger, der Nachrichtenendienst, sagt er, ist ein so geheimer, so eigentümlicher, daß Niemand in der Welt ihn kennen darf, außer dem Chef des Generalstabes und dem Kriegsminister, die allein die Aktenstücke dieses Dienstes kennen dürfen und kennen müssen. Der Oberst Sandherr ist todt, der Dienst ist aufreibend und wenn man damit betraut ist, muß man alle Vorsichtsmassnahmen des Geheimnisses und der Diskretion beobachten, die er verlangt. Labori fragt Henry: Hatten Sie die Gewohnheit, Ihr Namenszeichen unter die geheimen Aktenstücke zu setzen? Antwort: Nein.

Im weiteren Verlaufe seines Verhörs antwortet Oberst Henry auf eine ihm vom Anwalt Labori gestellte Frage, er habe niemals in seinem Kabinett mit dem Advokaten Leblois zu konferieren gehabt.

Leblois wird wieder hervorgerufen und versichert das Gegenteil. Das ist ein Irrthum! wirft Oberst Henry ein. (Bewegung.) Was! entgegnet Leblois, vor dem Kriegsgerichte haben Sie es doch zugegeben. (Sensation.) Henry erwidert: Oh, Sie irren sich ganz bestimmt. Leblois bemerkt hierauf, man könne ja die Mitglieder dieses Kriegsgerichts vernähren.

Der Präsident fragt hierauf den Zeugen: Ist Leblois mehrmals in Ihr Kabinett gekommen? Antwort: Niemals, das ist das Kabinett Picquart's, in das Leblois gegangen ist. Leblois hält hingegen seine Behauptung aufrecht und giebt eine Beschreibung von dem Kabinett Henry's. Letzterer hält seine Verneinung aufrecht und noch einmal sagt Leblois: Aber Sie haben es doch vor dem Kriegsgerichte in Gegenwart von etwa 20 Personen zugegeben! und giebt genauer an, daß die Besprechung, welche zwischen ihm und Oberst Henry stattfand, sich auf eine in Nancy spielende Spionage-Angelegenheit bezog, er spricht dabei auch von einem Oberst aus Nancy welcher mit einer Untersuchung darüber beschäftigt war.

Henry erwidert: Das ist Picquart gewesen, mit dem Sie Akten durchgingen. Zola wirft dazwischen: Was war das für ein Aktenbündel, das sich in Picquart's Bureau befand? Zeuge antwortet: Das war ein geheimes Aktenbündel. Zola: Die Akten der Dreyfus-Angelegenheit! Antwort: Oh! Verzeihung; die wurden im Jahre 1895 verfertigt.

Labori stellt hierauf den Antrag, daß Oberst Henry, wenn es sich als nöthig erweisen sollte, trotz seines Gesundheitszustandes gehalten sein sollte, wiederum zur

die Wahrheit nicht wußte," fährt Frau March furchtbar grimmig fort.

"Welche Wahrheit?"

"Daß sie unbewußt natürlich — Fräulein Ruth Ihre Liebe stahl."

Dr. Donald fährt zurück, als habe er einen Schlag erhalten.

"Wer — wer hat ihr das gesagt?" ruft er heftig.

"Ich."

"Wie durften Sie es wagen!" braust der Arzt auf.

"Wie konnten Sie so grausam sein!"

Mit großen Schritten durchmisst er das Zimmer, der alten Dame das Ungerechtfertigte ihres Benehmens in scharfen Worten vorhaltend.

Frau March hat ihren „Jungen“ noch nicht so böse gesehen.

"Was schadet es weiter?" schluchzt sie, sich mit der Hand über die Augen wischend. „Ich wollte sie nur von Ihnen entfernen — Ruth's wegen. Ihr macht es nichts. Ich glaube nicht, daß sie sich ihre Augen um Sie ausweint. Bewahre!"

"Und wenn sie es thäte? Was würde es schaden? Sie ist ja nur eine Circusreiterin," vollendet Ralph mit beißender Ironie.

Noch eine Weile schluchzt die alte Dame vor sich hin, während Dr. Donald erregt auf und ab geht. Blöthlich bleibt er vor ihr stehen.

"Kein Wort von dem wieder, was heute zwischen uns gesprochen wurde, zu Fräulein Douglas! — Verstehen Sie?"

"Nein, nein. Ein Glück, daß Ruth nichts davon weiß!"

"Sie muß es noch heute erfahren."

Ohne ein einziges Abschiedswort wendet er sich der Thüre zu.

## Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(38 Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

XXVI.

In einer der besseren Straßen von Hoboken steht, etwas zurückgebaut, ein kleines, einstöckiges Haus. Es hat fünf Zimmer, eine schöne Veranda und eine kleine Freitreppe mit hoher Glashür. Nach der Straße zu prangt ein jetzt allerdings kahles Blumenbeet; der große Rasenplatz hinter dem Hause endet in einen prachtvollen Gemüsegarten. Das Ganze führt den idyllischen Namen „Rosenheim“.

„Rosenheim“ sieht so traulich aus, wie spiegelklare Fensterscheiben, blanke Thürgriffe und kiesbedeckte Gartenwege es nur machen können. Jedenfalls ist es in den Augen der Hobokener eine feine Villa, nach der sie von ihren dunkleren Steinhäusern aus verlangend blicken.

Vor ein paar Tagen hat Irene in „Rosenheim“ ihren Einzug gehalten. Frau March hatte alle Zimmer geheizt. Der Theetisch brach fast unter den verschiedenen Delikatessen; der blankste Theekessel surrte über der bläulichen Flamme; der Konarienvogel saß ganz vorn auf der Stange und schmetterte seine lautesten Triller; die flinke Bertha hatte ihr Nachmittags-Staatshäubchen aufgesetzt und eine extra steifgestärkte, weiße Schürze über das blaue bedruckte Kittkleid gebunden — der Empfang war ein durchaus festlicher.

Da Frau March ein paar Stunden früher angekommen war, um Alles zu arrangiren, brachte Dr. Do-

nald Irene nach ihrem neuen Aufenthaltsort. Frau March wunderte sich nicht darüber, ebensowenig, daß der Arzt am darauffolgenden Tage kam, um zu sehen, wie die Ueberfiedelung seiner Patientin bekommen ist.

Als die Besuche sich jedoch täglich wiederholen, trotzdem Irene's Gesundheitszustand zu keinerlei Bedenken Anlaß giebt, da nimmt Frau March sich vor, ihrem „Jungen“ energisch ihre Meinung zu sagen.

Es trifft sich günstig, daß sie bei seinem heutigen Besuche allein zu Hause ist. Sie empfängt ihn mit ihrem ernstesten Gesicht.

Wald kommt das Gespräch auf Irene. Frau March's Zeitpunkt ist da.

„Fräulein Douglas scheint nicht glücklich zu sein,“ beginnt sie vorsichtig.

„Das glaube ich selbst.“

„Sie haben es auch schon bemerkt, Herr Ralph?“

„Gewiß. Sie hat sich sehr verändert.“

„Glauben Sie, daß ihr die Luft in Hoboken nicht bekommt?“

„Es giebt kaum einen gesünderen Ort.“

„Na also! Was fehlt ihr denn?“

Gedankenvoll schüttelte der Arzt den Kopf.

„Ich kann es mir nicht erklären.“

„Aber ich!“ ruft Frau March mit Emphase.

„Sie?“

„Ja. Wissen Sie, warum Fräulein Douglas das Haus unser lieben Ruth verließ?“

„Aus einem Unabhängigkeitsgefühl —“

„Denkt nicht dran. Aus einem ganz anderen Gefühl das ihrem guten Herzen alle Ehre macht Sie ist ein braves, liebes Geschöpf. Ja, das ist sie!“

Dr. Donald erröthet, als gelte das Lob ihm selbst.

„Ja, sie war zufrieden und glücklich, so lange sie

...



Vernehmung zu erscheinen. Hierauf wird die Sitzung unterbrochen.

Zuerst wird der Major d'Ormeschévillé, der Berichterstatter des Kriegsgerichts, das Dreyfus verurtheilte, verworren. Labori will an ihn die Frage stellen: Sind alle Anklagepunkte, die auf Dreyfus lasteten, in Ihrem Berichte vorgekommen? Der Präsident untersagt die Stellung dieser Frage. Sodann gelangen nacheinander zum Aufrufe die Zeugen: Oberst Maurel, der Präsident des Kriegsgerichts, das Dreyfus verurtheilte, der Gerichtsschreiber Badecalle, der Oberst Eickmann und der Major Patrou, die Mitglieder jenes Kriegsgerichts waren; aber bei allen untersagt der Präsident, daß an sie die Frage gestellt werde, ob ihnen bekannt sei, daß dem Kriegsgericht ein geheimes Aktenstück ohne Mitwissen des Angeklagten und seines Verteidigers mitgeteilt worden sei.

Diese sämtlichen Zeugen ziehen sich darauf, ohne ein Wort gesprochen zu haben, zurück. Es erscheint nunmehr Oberst Kovary als Zeuge, der den Bericht im Prozesse Esterhazy verfaßt hatte. Labori fragt ihn, was das für ein geheimes Aktenstück gewesen sei, von dem er in seinem Berichte spreche. Zeuge erwiderte, er habe da auf ein Aktenstück hingedeutet, das auf dem Bureau des Obersten Picquart offen dargelegen habe, als Advokat Leblois davon Kenntnis nahm; so habe in der Untersuchung ein Zeuge ausgesagt.

Labori wendet sich bei dieser Bemerkung des Zeugen gegen die sonderbare Art, in der gerichtliche Untersuchungen geführt würden, worauf Kovary erwidert: Alle unsere Untersuchungen werden mit Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit geführt. Hierauf erfolgt die Frage: Wissen Sie, was das „rettende“ Dokument war? Antwort: Durchaus nicht.

Hierauf wird General Bellieu vernommen. Er bemerkt zunächst: Voll tiefer Achtung vor der Justiz meines Landes begehre ich nicht, mich hinter das Amtsgeheimnis zu verschließen. Ich bin der Ansicht, daß es Zeit ist, die ganze Wahrheit zu sagen, damit alle Welt sie wisse.

Bellieu giebt eine genaue Darstellung der Untersuchung gegen Esterhazy und spricht zu dessen Gunsten. Als er auf den Prozeß Dreyfus zurückkommen will, wird ihm dies vom Präsidenten untersagt, wogegen Labori eifrig protestiert.

Auch Bellieu will kein geheimes Dokument kennen. An die hierauf aufgerufenen, ehemaligen Minister Dupuy und Guérin will Labori die Frage richten, was ihnen von der Anklage gegen Dreyfus bekannt sei. Der Präsident untersagt dies, worauf dann Labori auf die Vernehmung einer Reihe früherer Minister verzichtet.

Der Zeuge Senator Thevenet bejaht die Frage, ob Zola seiner Ansicht nach im guten Glauben handele, und drückt sein Erstaunen darüber aus, daß auf die Frage nach dem geheimen Beweisstück nicht mit lautem Ja oder Nein geantwortet werde.

Die Sitzung wird 5<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr geschlossen. **Clemenceau's Blatt, „Aurore“**, erzählt, der Polizeipräsident habe zu einem ihrer Mitarbeiter geäußert, falls der Verteidiger Zola's die Sache gar zu sehr in die Länge ziehen sollte, könne er für die Ordnung nicht mehr aufstehen. „Aurore“ sagt, das sei geradezu eine PreSSION.

Dasselbe Blatt protestiert dagegen, daß von Drumont und Konsorten aufgereizte Böbelmassen von der Polizei unbehindert den Justizpalast umtoben dürfen, so daß ihr Zola bedrohendes Geheul bis in den Gerichtssaal dringe. Die Regierung dulde stillschweigend eine abscheuliche PreSSION auf die Geschworenen.

Während ein Theil der Presse die Aussage der Generale Boisdeffre und Mercier als geradezu niederschmetternd für Zola erklärt, finden andere Blätter, daß Mercier stillschweigend die Existenz der geheimen Schriftstücke zugestanden habe.

„Ralph! Mein Junge!“ schluchzt Frau March hinter ihm her.

Er blickt sich um. Da steht die alte Dame, die Beschützerin seiner Kindheit, die Arme, um Vergebung flehend, nach ihm ausgestreckt.

Ralph geht er zurück. Schweigend drückt er ihre beiden Hände zum Abschied.

Dann eilt er hinaus.

In dem kleinen Vorgarten spaziert er ruhelos auf und nieder. Er erwartet Irene.

Jetzt biegt sie, gefolgt von dem Mädchen, in die Straße ein.

Ralph's Herz beginnt heftig zu klopfen. Was vorher nur unbewußt in ihm schlummerte — durch Frau March's Worte ist es ihm zur Gewißheit geworden — etwas Anderes zieht ihn in die Nähe Irene's als das Interesse des Arztes oder die Sympathie des Freundes.

Ja, er liebt sie! Sein Herz jauchzt auf bei dem Gedanken . . .

Er betrachtet sie jetzt mit ganz anderen Blicken — Wie graziös sie daherschreitet! Wie ebenmäßig ihre Gestalt ist! Und in wie schönem Einklang zu diesem harmonischen Aeußeren die edle Seele steht, die aus ihren großen Augen leuchtet!

Er geht ihr entgegen.

Das Roth auf Irene's Wangen vertieft sich bei seinem Anblick.

Einem Augenblick stehen Beide schweigend da. Sie verstehen einander auch so.

Die Sympathie ihres geheimen Kummers verbindet ihre Herzen noch fester.

Man glaubt, daß der Prozeß bis Dienstag dauern werde.

Rochefort tritt heute seine Gefängnisstrafe an.

Eine Anzahl Sozialisten in Stuttgart hat, nach der „Frankf. Zig.“ an Zola eine Anerkennungsdepesche geschickt.

## Aus Nah und Fern.

Von einem Schwein, das eine Kuh war. Aus Zeven schreibt man dem „Hann. Cour.“: Ort der Handlung; niedersächsisches Dorf in nächster Nähe eines Fleckens; unter hohen Eichen liegen in hellem Mondlicht die Bauernhöfe, langsam über die Dorfstraße reitet der behelmte Hüter der Ordnung; — da verschwindet eiligen Laufes eine Gestalt im laugem Schäfermantel im sog. Wackhause. — Aber das Auge des Gesetzes wacht, der Laufende ist gesehen. Vom Pferde springen, dieses anbinden, im Lauffschritt zum Wackhause eilen, ist für den Gesetzeswächter das Weil eines Augenblicks. Und da drinnen beginnt er nun die Durchsuchung aller Mäntel. Als diese unten erfolglos bleibt, steigt er nach oben. Dort steht eine Gestalt, welche dem Treiben des Gensdarmen schon länger verbirgt und ängstlich zugehört hat. Als aber ein Ballast blinkt, nimmt sie aus der Dachluke Reißaus und — stürzt in's Haus hinein mit dem Ruf: „Badder, Badder! De Schandarm is hull worru, he socht mi nu all un id heff doch niks dahn!“ — „Jung, biste ma!“ — will der Vater just sagen, da erscheint der Hüter der Ordnung, der auf demselben Wege das Wackhause verlassen hat, schon in der Thür und heischt, grimmigen Gesichtes, den ins Haus geschickten — „Handwerksburschen“, hat ihn auch im nächsten Augenblicke richtig beim Stragen. — „Holt still, holt still“, schreit da der Bauer, „dat is min Söhn!“ Als das Auge des Gesetzes nun einsieht, daß es verfehrt gesehen hat, — steht es einen Schlachter mit Fleischhauen beschäftigt auf der großen Diele. Schwere Unterlassungssünden witternd, heischt der Hüter der Ordnung den „Trichinenschein“. „Deiht mi leeb“, sagt der Bauer, „den'u kann ik Se nich geben, min Froo hett em inslaten.“ Bei sich aber denkt er: nu nach'n Trichinenschein herweisen, un'r Swin hängt all acht Wäke in'n Hooft? Dar kommt alle Dag wat Niges opp. Als nun der Trichinenschein nicht beschafft werden kann, verbietet der Mann des Gesetzes im Namen des Gesetzes die weitere Ausschachtung des „Schweines“. — „Wat, wat, segt Se dat, Herr Wachmeister? Deit is jo doch gar keen Swin nich.“ — „Wa—da—s?? Was ist es denn?“ — „Dat's Roh, Herr Wachmeister, wenn Se so'n Diert girn kennen lirn wöllt.“

Falsche Priester. Die Kölner Kriminalpolizei verhaftete einige im priesterlichen Gewande seit längerer Zeit in den größeren Städten Rheinlands vagabondirende Personen, die sich als Missionsbrüder bezeichneten und angaben, für indische Heidenkinder zu sammeln. Die zahlreich eingehenden Gelder flossen indeß in die Kasse des früher hier selbst aus dem Priesterstande ausgestoßenen Kaplans Bodevig, der gegenwärtig in Belgien lebt. Die gesammelten Gelder, sowie die Traktäthen wurden beschlagnahmt.

Der Gendarm als Dieb. Vom Landgericht München wurde am 5. d. M. der Stadt-Gendarm Vogt wegen Diebstahls zu 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren Gefängnis verurtheilt. Er hatte in zwei Fällen auf seinen Patrouillengängen je ein Fahrrad aus dem Vorplatz einer Wirtschaft gestohlen und dann im Leihhaus versteckt. Seine wegen Fehlerei mitangeklagte Geliebte, die zwei Kinder von ihm hat, wurde freigesprochen. Der Gendarmemajor erklärte als Zeuge in der Verhandlung, Vogt sei ein tüchtiger Gendarm gewesen, aber in seiner Wahrheitsliebe gegenüber seinen Vorgesetzten habe er sehr nachgelassen. Diese Aeußerung wirft ein helles Schlaglicht auf den Dienst. Man weiß, daß ein Gendarm so oft in

Um ihre Erregung zu verbergen, beginnen sie, von den gleichgültigsten Dingen zu sprechen.

„Sie sehen heute viel wohler aus, Fräulein Viola — beinahe so wohl, wie früher.“

„Ja, es geht mir wieder ganz gut. Wie Sie sehen, mache ich sogar schon allein Spaziergänge — ohne Erlaubnis des Doktors.“

Sie versucht zu scherzen; doch gelingt es ihr herzlich schlecht.

„Das freut mich“, erwidert er ernst. „Umso mehr, als ich Sie eine Zeit lang nicht werde besuchen können. Ich verlasse New-York.“

„Ah —!“

Forstend blickt er sie an.

Er weiß nicht, ist der eigenthümliche Ausdruck in ihren Zügen Bedauern oder Befriedigung.

„Ich habe meinen Bruder lange nicht gesehen. Und da sein kleiner Sohn kränkelt, hat er mich gebeten, ihn in Washington zu besuchen.“

Irene schweigt. Die Rehle ist ihr wie zugeschnürt.

„Heute Abend bereits reise ich ab“, fährt er hastig fort, ihr eine Visitenkarte reichend.

„Dies ist die Adresse meines Bruders. Wenn Sie meiner bedürfen, sei es als Arzt oder als Freund, so schreiben Sie mir! Versprechen Sie mir das?“

„Ja.“

„So leben Sie wohl!“

„Leben Sie wohl!“

Sie sprechen kein Wort weiter. Aber der innige, stumme Händedruck redet mehr als

die Lage kommt, auf seinen Dienst auszusagen, daß es ihm förmlich zur Gewohnheit wird. Man weiß ferner, welche hohen Respekt die Richter und Behörden vor so einer dienstlichen Aussage haben. Um gegen sie aufzutreten, muß ein Beschuldigter schon einen ganz außerordentlich unüberwindlichen Entlastungsbeweis aufbringen können. Was soll man aber von der dienstlichen, noch dazu vielfach interessirten Aussage eines Mannes halten, von dem sein oberster Vorgesetzter sagt, der Mann sei gegen seine Vorgesetzten nicht wahrheitsliebend gewesen. Darf das Publikum dem Dienst eines solchen Mannes ausgesetzt werden?

Eine Erklärung für den „milden“ Winter Central-Europas findet Prof. Ahmann in einem Aufsatz „Der bisherige milde Winter des Jahres 1897/98“ in der Monatschrift „Das Wetter“ darin, daß Rußland in Folge außerordentlich geringer Schneedecke selbst viel wärmer war als gewöhnlich und das deshalb die häufig herrschenden südlichen und östlichen Winde, auch wenn sie, in bekannter Weise abgelenkt, als Süd- und Süd-südwest Winde austraten, verhältnismäßig warm und außerordentlich trocken in Deutschland und Oesterreich angekommen sind. Bekanntlich hat man nach dem Vorgange von D. Wetterström in Stockholm versucht, die Temperatur-Verhältnisse Nordeuropas in Beziehung zu bringen zu den vom Golfstrom aus den nordischen Küsten zugeführten Wärmemengen. Die hieran geknüpften vorsichtigen Vermuthungen haben sich im Allgemeinen für den vorjährigen Winter nicht bewahrheitet; ob für den jetzigen die Voraussetzungen günstiger liegen, ist noch nicht bekannt geworden. Sollte man aber wirklich eine deutliche Beziehung zwischen diesen beiden Faktoren aufdecken, so würde die weitere Frage entstehen, welches die Gründe für die großen Schwankungen der Golfstrom-Temperaturen sind.

Seeräub und verwegener Schmuggel ist in den letzten Jahrzehnten an der chinesischen Küste im Allgemeinen selten geworden; nur in der Umgegend von Hongkong hört man noch manchmal davon. So berichtet die „Hongkong Daily Press“ vom 20. Dezbr.: „Die Dampfbarkasse „Ki Wan“, die seit einigen Tagen verschwunden war, ist jetzt wiedergekommen. Ihre Besatzung hat ein Abenteuer ungewöhnlicher Art durchzumachen gehabt. Die Barkasse war in Hongkong von einigen Männern gechartert worden, angeblich um ein Fahrzeug mit Kohlen zu schleppen. Wirklich traf man auch ein Boot, das Kohlen zu enthalten schien. Bald darauf zogen aber die Leute, von denen die Barkasse engagirt worden war, Revolver hervor und befohlen dem Kapitän, dem Booten und den vier Matrosen, lauter Chinesen, sich in den unteren Schiffsraum zu begeben. Weil sie keine Waffen hatten, so blieb ihnen nichts übrig, als diesem Befehl zu gehorchen. Die Piraten vernagelten darauf die Luken. Als die Barkasse anhielt, hörten die eingeschlossenen Menschen andauerndes Geräusch auf dem angeblühten Kohlenboot, als ob man dieses entlände. Das währte mit gelegentlichen Unterbrechungen zwei Tage lang. — Nachdem Alles ruhig geworden war, wagten es die Gefangenen, die Luken gewaltsam zu erbrechen. Einer von ihnen ging dann an's Land und eilte nach Hongkong, wo er die Eigentümer der Barkasse von dem Vorfall in Kenntniß setzte. Sofort wurde darauf eine zweite Barkasse abgeschickt, um die erste zurückzubringen; denn auf dieser hatten die Piraten die Maschine unbrauchbar gemacht und außerdem alle Kohlen von ihr mitgenommen. Beide kleinen Dampfer langten ohne weiteren Unfall in Hongkong an. Man glaubt, daß von der Barkasse gezogene Boot sei unter der oberen Kohlenschicht voll von Waffen oder Dynamit gewesen. Die Schmuggler hatten der Besatzung zwar nichts zu essen gegeben; es war aber sehr menschlich von ihnen, sich unnützen Blutvergießens zu enthalten. Dies ist umsomehr hervorzuheben, als man in China alle Piraten, sobald sie gefaßt werden, ohne Weiteres zu köpfen pflegt, einerlei, ob sie Menschenleben auf dem Gewissen haben oder nicht.“

viele Worte; er redet eine Sprache, die noch lange in den Herzen Brider nachzittert.

## XXVII.

Irene hat Dr. Donald versprochen, ihm zu schreiben, sobald sie seiner bedürfe.

Wollte sie dieses Versprechen halten, so müßte sie am Abend seiner Abreise einen Brief expediren. Und ebenso jeden folgenden Tag.

Ihre Sehnsucht nach ihm wächst, je mehr Zeit vergeht. Sie blickt jetzt auf seine Besuche, die sie zuletzt fast gefürchtet, mit einem eigenen Gefühl zurück — etwa wie man auf ein vergangenes, unwiederbringlich verlorenes Glück zurückschaut.

Sie ahnt den Grund seiner Abreise.

Er ist sich der Gefahr bewußt worden und flieht dieselbe. Er ist also doch ein edler Mensch!

Jetzt, da er für sie verloren ist, wagt sie auch wieder, wie früher, an ihn zu denken.

Sie thut Niemandem damit Unrecht.

Ihr Leben erscheint ihr jetzt gänzlich zwecklos. Sie hat keine Beschäftigung, kein Ziel, welches zu erstreben sie reizen könnte.

So schleichen die Tage dahin — einförmig, niederdrückend für Irene's beweglichen Geist.

Frau March bleibt sich stets gleich. Jedes Mädchen in der kleinen Haushaltungsmaschine läuft wie geschmiert. Nichts bringt diese wohlgefügte Maschinerie einmal zum Stocken.

(Fortsetzung folgt).